

Bezugspreis.

Wöchentlich 10 Pfennig, monatlich 2 Reichsmark vorwärts zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Österreich, Ungarn, Kurland, Litauen, Lettland, Estland 3.50 Reichsmark für das übrige Ausland 5.50 Reichsmark pro Monat.

Der 'Vorwärts' mit der illustrierten Sonntagsbeilage 'Volk und Welt' sowie den Beilagen 'Unterhaltung und Wissen', 'Aus der Naturwelt', 'Frauenstimme', 'Der Kinderfreund', 'Jugend-Vorwärts' und 'Bild in die Arbeiterwelt' erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Verlagsadresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:

Die einseitige Nonpareil-Zeile 80 Pfennig. Reklamazeile 1.- Reichsmark. 'Kleine Anzeigen' des Freitagdrucks Wort 25 Pfennig (außerhalb zwei Freitagdrucks Worte). Jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stellenanzeige das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Zeile 60 Pfennig. Familienanzeigen für Abonnenten Zeile 40 Pfennig.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptpostamt, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, eintreffen. Geöffnet von 8 1/2 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3. Preisprüfer: Dönhoff 292-297.

Dienstag, den 22. Februar 1927

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3. Postfachkonto: Berlin 27 338 - Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angehörigen und Frauen. Wallstr. 65; Postkonto-Gesellschaft, Postfachkonto Lindenstr. 2.

Gewerkschaftserfolg in Sachsen.

Das Verhandlungsergebnis. - Achtstundentag in Leipzig. - Vereinbarung vorbehaltlich der Zustimmung der Parteien.

J. St. Dresden, 21. Februar. (Eig. Drahtber.) Die Verhandlungen in der sächsischen Metallindustrie, die am Montag in Dresden im Arbeitsministerium stattfanden, schienen mehr als einmal zum Bruch zu führen. Nach zehnstündigen Verhandlungen ist es schließlich gelungen, eine Vereinbarung zu treffen, die praktisch für die Leipziger Metallarbeiter, die jetzt allein im Tarifkonflikt stehen, die Wiederherstellung des Achtstundentages bedeutet. Bei den bevorstehenden Verhandlungen in der sächsischen und in der mitteldeutschen Metallindustrie, wo die Tarife zum 31. März ablaufen, wird die jetzt im sächsischen Arbeitsministerium zwischen den Parteien direkt getroffene Vereinbarung automatisch zur Durchführung kommen. Die Vereinbarung hat im wesentlichen folgenden Wortlaut:

- 1. Die regelmäßige Arbeitszeit ausschließlich aller Pausen beträgt 48 Stunden in der Woche.
2. Abweichend von dieser Regelung kann die Arbeitszeit, wenn die wirtschaftlichen Verhältnisse es unbedingt erfordern, für einzelne Arbeitergruppen, Abteilungen oder für den ganzen Betrieb von der Betriebsleitung im Benehmen mit der gesetzlichen Betriebsvereinerung bis zu 51 Stunden in der Woche verlängert werden. Diese Überarbeit wird durch einen Zuschlag von 10 Prozent bezahlt.
3. Mehrarbeit über die 51. Stunde hinaus ist mit der gesetzlichen Betriebsvereinerung zu vereinbaren. Überstunden sind diejenigen Arbeitsstunden, die der einzelne Arbeitnehmer an einem Tage über die betriebslich festgesetzte Arbeitszeit hinaus tatsächlich leistet. Diese Überstunden werden die erste mit 25 Prozent, alle noch darüber hinausgehenden, auch Nacht-, Sonn- und Feiertags mit 50 Prozent Zuschlag bezahlt. Alle Überstunden unter Ziffer 2 und 3 sind auf die vereinbarten Stundenlöhne zu zahlen.
4. Diese Regelung tritt nach Wiederaufnahme der Arbeit in

Kraft und ist mit dreimonatiger Frist bis zum Quartalschluss, erstmalig bis zum 31. März 1928, kündbar.

5. Maßregelungen dürfen beiderseits nicht stattfinden. Die Arbeitsaufnahme hat unverzüglich zu erfolgen, spätestens aber Montag, den 28. Februar 1927. Die Erklärungsfrist der Parteien unter sich ist Donnerstag, der 24. Februar 1927.

Zur Erläuterung dieser Vereinbarung ist zu bemerken, daß die Arbeitszeit bisher gleichfalls 48 Stunden war, jedoch konnte der Unternehmer die Arbeitszeit bis zu 52 Stunden nach seinem Belieben ausdehnen. Da außer dieser Vereinbarung für Leipzig eine Vereinbarung besteht und weiter in Kraft bleibt - dies ist ausdrücklich erklärt worden - daß Überarbeit nur geleistet werden darf, soweit kein Platz frei ist, soweit technische Neuinstellungen nicht möglich sind und wenn die unbedingte wirtschaftliche Notwendigkeit dafür nicht unbedingt vorliegt. So mit ist der Achtstundentag praktisch errungen.

Voraussetzung dafür ist allerdings, daß die Arbeiterchaft darauf hält, daß der Achtstundentag auch wirklich nicht überschritten wird, wenn die wirtschaftliche Notwendigkeit dafür nicht unbedingt vorliegt. Diese Vereinbarung bedeutet nicht nur einen großen Erfolg für die Leipziger Metallarbeiter und den Deutschen Metallarbeiterverband, sondern einen großen Erfolg für die Gewerkschaftsbewegung überhaupt. Es ist gelungen, zu verhindern, daß ein Schiedspruch gefällt wird, der den Arbeitern eine im Belieben des Unternehmers stehende Überarbeit auferlegt, ein Schiedspruch, der dann für verbindlich erklärt wird, ohne daß die Arbeiterchaft dagegen ankämpfen kann.

Die Vereinbarung ist nach einem zwar kurzen Kampf - wobei bemerkt werden muß, daß in Leipzig die Arbeiter schon drei Wochen streiken - aber immerhin nach einem scharfen Kampf durchgesetzt worden.

Der Seher als Zensor.

Inquisition des Reichsgerichts. Von Robert Breuer.

Das Reichsgericht hat den Verkäufer einer Buchhandlung wegen Hochverrats verurteilt, weil er Bücher vertrieb, die zwar weder beschlagnahmt, noch verboten waren, deren Inhalt aber nach Auffassung des Gerichts geeignet sein soll, zu Gewalttaten gegen den bestehenden Staat aufzufordern. Das Reichsgericht hat in einem anderen Fall die Besitzer, den Prokuristen, die Maschinenseher und den Boten wegen Hochverrats verurteilt, weil in ihrer Buchdruckerei Bücher hergestellt worden sind, die der gleichen Wirkung der Vorbereitung eines politischen Umstoßes bezüchtigt werden.

In den Urteilsbegründungen heißt es, daß der Ladenverkäufer aus dem Inhalt der Bücher ihre Gefährlichkeit hätte feststellen, und daß er sie darum als ungeeignet hätte zurückweisen müssen. Auch die Buchdruckereibesitzer, die Seher und der Bote wären verpflichtet gewesen, den Inhalt der Manuskripte zu prüfen und wegen dessen hochverräterischen Tendenz die Arbeit zu verweigern.

Wir sind an mancherlei Urteile der politischen Rechtsprechung gewöhnt; aber das, was das Reichsgericht in diesen Hochverratsprozessen gegen Buchhandlungsgehilfen und Seher vollbracht hat, muß man dreimal und zehnmal lesen, um nicht an eine Mystifikation durch erfindungsreiche Berichterstatter zu glauben. Auf welchem Weltkörper leben eigentlich diese Richter? Was wissen sie von der Wirklichkeit? Überlegen sie auch nur für einen Augenblick die Voraussetzungen und die Folgen ihrer, in die Freiheit der Wirtschaft, in das Recht der Verfassung, in die öffentliche Moral verlegend eingreifenden Gewaltsprüche?

Der Sachverständige für den Buchhandel hat den Leipziger Richtern Karz machen versucht, daß von einem Sortimentausgestellten unmöglich verlangt werden könne, die Bücher, die er zum Verkauf bringt, zu lesen. Jeder vernünftige Mensch muß sich sagen, daß weder vom Verkäufer, noch vom Prokuristen, noch vom Maschinenseher, noch vom Boten der Druckerei solche Prüfung verlangt werden kann. Es gehört auch nicht viel Erfahrung dazu, um zu wissen, daß in den meisten Fällen alle diese Personen gar nicht befähigt wären, solche Prüfung vorzunehmen. Hat das Reichsgericht nicht empfunden, daß es von den Angeklagten Unmögliches verlangt, und daß die Durchführung der von ihm geforderten Prüfung durch Ladenverkäufer und Seher eine Verwirrung sondergleichen anrichten würde, ja letzten Endes die Herstellung von Druckschriften unmöglich machen müßte?

Bei der undefinierbarkeit dessen, was nach dieser Leipziger Judikatur Hochverrat ist, riskiert jeder Seher, der irgendeine politische Schrift herstellt, mehrjährige Festungsstrafe. Er muß also, um sich zu schützen, Zensur des Manuskriptes werden. Wie soll er verfahren, wenn ihm im Betrieb der 'Kreuz-Zeitung' ein Artikel des Herrn Everling vorgelegt wird, ein Artikel, der rumbheraus sagt, daß die Monarchie die eigentliche Staatsform Deutschlands sei, und daß alles geschehen müsse, dem König die Wege zu ebnen? Ist der Augen der Leipziger Richter kein Hochverrat? Er ist, mindestens in demselben Maße wie das Drama einer kommunistischen Dichterin, das von Thomas Münzer handelt, oder wie der Roman Bachers, der die Furchtbarkeit des Giftgases im Bürgerkrieg zeichnet, 'Vorbereitung eines Hochverratsunternehmens'. Vorbereitung auf lange Sicht. Das nämlich ist die neueste Erfindung des Reichsgerichts, daß der Hochverrat nicht mehr ein bestimmtes Unternehmen anstrebt, sondern daß er bereits in Ideen, in Gedanken, in Weltanschauungen sich erfüllen kann! Aber freilich nur, wenn Kommunisten, nicht wenn Monarchisten solche unerhörten 'Ideen' haben und predigen. Diese Einseitigkeit überläßt sich ins Groteske, wenn selbst Gedichte von Goethe bei gewisser Anwendung als Instrument des Hochverrats gekennzeichnet werden.

Grotesk ist auch der Mangel an politischem Gefühl, von dem das Reichsgericht in die Irre geführt wird. In einer der Anklageschriften heißt es, daß, wie gerichtsbekannt, die SPD. den Bürgerkrieg vorbereite und ihn als ein nahe bevorstehendes Ereignis betrachte. Außer dem Reichsgericht dürfte in Deutschland niemand an solche Deklamation glauben, am wenigsten werden es die Kommunisten tun. All die Bücher und Büchlein, die Traktäthen und Katechismen, die das Reichsgericht für so gefährlich hält, sind erst durch solch unzulängliches Verfahren am unzulänglichen Objekt weiteren Kreisen bekannt geworden. Einer Förderung der in dieser Literatur vertretenen Ideen hat sich das Reichsgericht viel eher schuldig gemacht, als der Ladenverkäufer, der den 'Thomas Münzer' oder die 'Barricaden an der Ruhr' neben einigen Feindern unverkäuflicher Makulatur in seinem Lager aufbewahrt. Wenn das Reichsgericht glaubt, durch seine quälende und dem gesunden Menschenverstand ebensowenig wie der politischen Moral eingehenden Urteile den Kommunismus

Drei Jahre Reichsbanner.

Ein Siegesmarsch.

Heute vor drei Jahren wurde das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold gegründet. Die Geschichte kennt kaum ein zweites Beispiel dafür, daß sich aus kleinen Anfängen in so kurzer Zeit eine so ungeheure Organisation entwickelte. Die Republik, die bis dahin nur als Begriff existierte, gewann durch sie Gestalt, Stimme, Farbe, Bewegung. Das Hohnewort von der 'Republik ohne Republikaner' erstarb den Gegnern auf den Lippen.

Es war ein Siegesmarsch ohnegleichen. Ja, vom Standpunkt des Reichsbanners aus könnte man beinahe sagen, das Reichsbanner habe zuviel gesiegt. Ohne seine Arbeit, die bald jeden Gedanken an Wiederherstellung der Monarchie als Überwiegendes erscheinen ließ, hätten die Deutschnationalen gewiß nicht ihre außerliche Kapitulation vor dem republikanischen Gedanken vollzogen, ohne diese Kapitulation hätte aber auch das Zentrum nicht seinen Bund mit jenen neuen 'Republikanern' schließen können, an deren republikanische Gesinnung niemand glaubt.

So erscheint die Lage des Reichsbanners heute etwas schwierig, weil manche meinen, seine Mission sei eigentlich schon erfüllt und weil die Verbindung einzelner oft genannter Mitglieder mit schlecht verknappten Monarchisten Argwohn und Unruhe schafft. Trotzdem wird man es verstehen, wenn das Reichsbanner über augenblickliche Parteikonstellationen hinweg seine überparteilich-republikanische Stellung behaupten will. Je höher man die Gefahren des augenblicklichen Regierungszustandes im Reiche einschätzt, desto notwendiger erscheint es, daß das Reichsbanner seine bisherige erfolgreiche Arbeit nach derselben Methode und in demselben Tempo fortsetzt.

Schreckensherrschaft in Shanghai.

Vom nordchinesischen General ausgeübt.

London, 21. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Außenminister Chamberlain erklärte am Montag im Unterhaus, daß in Shanghai nur geringfügige Unordnungen durch die Streikenden hervorgerufen worden seien. Es kann nach den hier vorliegenden Nachrichten kein Zweifel darüber bestehen, daß der chinesische Polizeipräsident von Shanghai, Wu-Po-Tscheng, ein Untergeneral des Matschalls Sun, in den beiden letzten Tagen in der Stadt ein wahres Schreckensregiment geführt hat. Eine große Zahl von Personen, denen nichts anderes als Streikpostenstellen und die Verteilung von Flugzetteln zur Last gelegt werden konnte, wurde von den Militärkommandos verhaftet und

standrechtlich ohne jedes gerichtliche Verfahren enthauptet. Tausende haben sich in das Gebiet der internationalen Konzeptionen geflüchtet, wo sie, sofern sie mit der Führung des Streiks verwickelt sind, von den ausländischen Freiwilligen verhaftet wurden. Der chinesische Polizeipräsident von Schanghai fordert ihre Auslieferung. Trotz dieses Terrors und der teilweisen Rückkehr von Arbeitern zur Arbeit hat sich am Montag die Anzahl der Streikenden gegenüber Sonnabend verdreifacht.

Am Montag ist in Schanghai ein weiteres britisches Bataillon des Suffolk-Regiments von Hongkong und eine Batterie leichte indische Artillerie eingetroffen.

Britisch-chinesischer Handelsvertrag.

London, 21. Februar. (Amst. Britischer Funkdienst.) Das in Hankau unterzeichnete Abkommen zwischen O'Malley und Tscheng behandelt die künftige Rechtslage der britischen Konzeption in Hankau. Ueber den Inhalt verläutet, daß bis zum 15. März die Polizeigewalt und die Leitung der öffentlichen Arbeiten in der Konzeption in den Händen der chinesischen Behörden bleiben sollen. Am 15. März soll auf der allgemeinen Jahresversammlung der Steuerzahler der Konzeption die Auflösung der alten britischen Munizipalverwaltung ausgesprochen und die Verwaltung einer neuen Körperschaft übertragen werden, die von der Kantongregierung nach dem Vorbild der Einrichtungen in den unter besonderer Verwaltung stehenden Bezirken gebildet werden wird.

Ein entsprechendes Abkommen soll dieser Tage für die britische Konzeption in Kintlang abgeschlossen werden.

Unionspolitik in Nicaragua.

Durch weitere Truppenlandung fortgesetzt.

Managua, 21. Februar. (W.T.B.) In Corinto wurden 1800 amerikanische Marineinfanteristen gelandet. Außerdem befinden sich 400 Mann in Leon und 350 in Chinandega. Auch sind die Eisenbahnen, Brücken und andere wichtige Punkte von amerikanischen Truppen besetzt worden.

Nur eine Fortsetzung!

Corinto, 21. Februar. (W.T.B.) Admiral Dalimer erklärte, es sei die Aufgabe der neuen in Nicaragua gelandeten amerikanischen Truppen, die Eisenbahnverbindungen nach denjenigen Punkten, an denen sich Amerikaner oder andere Ausländer befinden, aufrecht zu erhalten. Im übrigen bedeute die Truppenlandung nur eine Fortsetzung der amerikanischen Politik, die sich auf den Schutz von Leben und Eigentum der Ausländer beschränke; die Landung sei daher nicht als ein Schritt zu einer Intervention aufzufassen.

belämpfen zu sollen, so sei ihm ernsthaft gesagt, daß es gegen Gespenster kämpft, und daß es höchstens irgendwelchen Träumen oder Schwärmern dazu verhilft, sich wichtig zu fühlen.

Beinahe möchte man annehmen, daß das Reichsgericht nicht nur die letzten Kommunisten großwahnig machen möchte, daß es vielmehr auch bestrebt ist, den Angestellten des Buchdruckgewerbes einen Anspruch zu suggerieren, der einer Diktatur über das geistige Leben ähneln könnte, wenn er wahrgenommen werden würde. Die gewerkschaftliche Organisation der Buchdrucker hat stets erklärt, daß den Setzern und Druckern kein Recht zustehe, irgendeine Arbeit zu verweigern, weil deren Inhalt sich etwa gegen die Arbeiter und deren Interessen, deren Politik und deren Ehre richtet. Eine Selbstverständlichkeit, deren Verletzung abweichend bald den einen, bald den anderen Betrieb lahmlegen müßte. Die Buchdrucker bedanken sich für solche Ernennung zum Zensor. Sie bedanken sich mit Recht, denn diese seltsame Ehrung ist mit einem verheerenden Risiko verbunden. Es ist dringend notwendig, daß die Organisationen der Buchdrucker schleunigst und gemeinsam mit den Berufsvertretungen der Verlags- und Sortimentsbuchhändler, der Redakteure und der Schriftsteller sich in einer Abwehrphalanx zusammenschließen, um der verheerenden Rechtsprechung des Reichsgerichts entgegenzutreten.

Dies wird um so notwendiger sein, als es sich bei dieser Hochverratsanklage nicht etwa um einzelne Fälle handelt. Nur wenige sind bisher bekannt geworden; aber diese schweben, diese sind bereits abgeurteilt. Viele sogenannte Hochverräter, bestenfalls politische Dilettanten, oft, wie in den vorbestehenden Fällen, vollkommen Unbeteiligten, sitzen in Untersuchungshaft. Die Hochverratsmanie des Reichsgerichts, das die meisten dieser Verfahren im Geheimen betreibt und dem Schweigegebot unterwirft, begnügt sich zu einer vormärzlichen, ja zu einer mittelalterlichen Inquisition auszuweichen.

„Freiwillige“ Mehrarbeit?

Eine Rundgebung der Spitzenverbände der deutschen Banken.

Die Gewerkschaften aller Richtungen fordern ein Rotgesetz zur Verkürzung der Arbeitszeit, das den achtstündigen Tag wieder einführen soll. Diese Forderung stößt bei der Bürgerblockregierung auf den schärfsten Widerstand. Um das zu verbunfeln, ist sie auf den Einfall gekommen, der staunenden Öffentlichkeit die Herausbringung eines Rotgesetzes anzukündigen. Nicht um den achtstündigen Tag einzuführen, sondern um die Strafbarkeit der Unternehmer bei Verletzung oder Annahme sogenannter freiwilliger Mehrarbeit einzuschränken. Ein vollkommen unzulängliches Beginnen, solange eine regelmäßige Verlängerung der Arbeitszeit durch Tarifvertrag oder auch Zwangsarbeitsvertrag oder durch behördliche Genehmigung zulässig bleibt.

Die deutschen Banken wollen nicht nur diese Möglichkeit haben, es soll ihren Angestellten darüber hinaus gestattet werden, „freiwillige“ Mehrarbeit zu leisten und die Bankleitungen werden gnädigst gerufen, diese „freiwillige“ Mehrarbeit zu dulden. So wird Gesetz und Recht zu einer Farce, denn diese Art der Mißachtung geltenden Rechts ist gegenwärtig immer noch strafbar. Ein wahrhaft toller Zustand, der erlaubt, mit der menschlichen Arbeitskraft beispiellosen Raubbau zu treiben.

Dieser nüchternen Sachverhalt muß man sich vergegenwärtigen, um diese Unternehmerkündigung voll zu würdigen. Man phantasiert von unabsehbaren Nachteilen, von einer unter Umständen nötigen Stöckung des Geschäftes. Man droht:

Eine Regelung in den Geschäftsbedingungen, durch welche die Bank oder sonstige Kreditanstalt die Haftung für die rechtzeitige Ausführung derartiger Aufträge ablehnt, würde im Inland und nicht minder im internationalen Verkehr die allergrößten Beunruhigungen und Erschütterungen hervorrufen; gleichwohl wäre eine solche Regelung nicht zu

vermeiden, wenn nicht den besonderen Verhältnissen des Geld- und Ueberweisungs-, des Bank- und Kreditverkehrs bei der Regelung der gewerblichen Arbeitszeit Rechnung getragen wird.

Und das alles, weil keine strafbare freiwillige Mehrarbeit mehr zulässig sein soll! Dieses Verhalten der Banken ist um so unerhörter, weil gleichzeitig eine Viertelmillion stellenloser Angestellter vorhanden ist. Durch die überlange Arbeitszeit in den Banken wird Tausenden von Stellenlosen Arbeitsgelegenheit verweigert.

Diese Rundgebung enthält wieder einmal die ganze Borniertheit des deutschen Unternehmertums; sie zeigt aber auch gleichzeitig, vor welchen schweren Kämpfen wir in der Arbeitszeitfrage stehen.

Landtagsbeginn in Thüringen.

Rücktritt der „Ordnungs“-Regierung. — Wahl des Präsidiums.

Weimar, 21. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die erste Sitzung des neuen thüringischen Landtags wurde am Montag nachmittags bei überfüllten Tribünen durch den bisherigen Vorsitzenden des Staatsministeriums, Leutheuser, der von den Kommunisten mit den Rufen: „Abtreten! Abtreten!“ empfangen wurde, eröffnet. Leutheuser teilte mit, daß alle Mitglieder der bisherigen Regierung mit dem heutigen Tage durch schriftliche Erklärung von ihren Ämtern zurückgetreten seien. Damit hat sich die bisherige Ordnungsregierung dem sicher zu erwartenden Mißtrauensvotum entzogen.

Aus der später folgenden Wahl des Landtagspräsidenten ging der langjährige Abgeordnete und Vorsitzende der Thüringer Sozialdemokratie, Hermann Leber, mit 49 Stimmen ohne Gegenkandidaten hervor. Die Nationalsozialisten hatten allerdings erklären lassen, daß sie auf keinen Fall einen Nationalsozialisten wählen würden; sie gaben dementsprechend auch unbeschriebene Stimmzettel ab. Erster Vizepräsident wurde ein Landtagsmitglied, zum zweiten Vizepräsidenten wurde ein Volksparlamentarier mit den demokratischen Stimmen gegen den Kommunisten, der auch die sozialdemokratischen Stimmen erhielt, gewählt. Die SPD ist damit, obwohl sie die stärkste Fraktion ist, vom Präsidium ausgeschlossen. Sie ließ deshalb erklären, daß sie sich alle Konsequenzen daraus vorbehalte.

Am Dienstag wird der Landtag sich mit der Regierungsbildung befassen. Es dürfte aber noch kaum zu einer Wahl der Minister kommen.

Die Delegation zur Weltwirtschaftskonferenz

Drei Unternehmervertreter, ein Arbeitervertreter.

Die deutsche Regierung hat zu der am 4. Mai beginnenden Internationalen Weltwirtschaftskonferenz in Genf die folgenden Personen delegiert: Staatssekretär Trendelenburg, Reichstagsabgeordnete Lammer, Dr. C. F. Siemens, Reichsminister a. D. Hermes und Gewerkschaftssekretär Eggert.

Diese Liste ist dazu angetan, einiges Aufsehen zu erregen. Es gehören ihr an ein Regierungsvertreter, zwei Vertreter des industriellen, einer des landwirtschaftlichen Unternehmertums und einer der Arbeiter. Man kann eine solche Delegation den Anspruch erheben, als Repräsentation der deutschen Wirtschaft angesprochen zu werden? Dann wenigstens, wenn unter der deutschen Wirtschaft nicht nur das Unternehmertum, sondern auch die Arbeiterschaft verstanden wird? Die Genfer Konferenz soll die Möglichkeiten der weltwirtschaftlichen Zusammenarbeit prüfen. Neben anderen werden Fragen der Kartell- und der Handelspolitik dabei eine große Rolle spielen. Das ungeheure Interesse der Arbeiterschaft an diesen Dingen liegt auf der Hand und man hätte erwarten sollen, daß die Regierung bei der Auswahl der Delegierten dieser Tatsache Rechnung getragen hätte. Über das Bürgerblockkabinett hat von der Anerkennung der Gleichberechtigung des Proletariats, die es theoretisch anerkennt, recht merkwürdige Vorstellungen.

Moderner Strafzettel!

Mißhandlung mit Todeserfolg im Zuchthaus Groß-Straßlich?

Sozialdemokratische Abgeordnete haben im Landtag folgende kleine Anfrage eingebracht:

„Am Zuchthaus in Groß-Straßlich D.S. wurde der 26jährige Strafgefangene Johann Baude gemäß einer Mitteilung der Direktion an seine Mutter vom 18. Januar 1927 in seiner Zelle erhängt aufgefunden. Nach der Darstellung eines kürzlich aus dem Zuchthaus entlassenen Strafgefangenen soll der Tote jedoch den Folgen schwerer Mißhandlungen durch Anstaltsbeamte erliegen und bereits am Nachmittage des 17. Januar gestorben sein. Diese Behauptung wird durch Veröffentlichungen aus dem Notizbuch Baudes im „Volksblatt für Spandau und Havelland“ vom 5. Februar 1927 gestützt.“

Wir fragen das Staatsministerium: Ist auf Grund der Veröffentlichungen der erwähnten Zeitung eine Untersuchung eingeleitet und welches Ergebnis hat diese Untersuchung gehabt?

Faschistenherrschaft in Bulgarien.

Drangsalierung ganzer Städte.

Sofia, 21. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Es zeigt sich immer mehr, daß die Regierung der „Demokratischen“ Vereinigung aus Bulgarien ein zweites Italien machen will. Die faschistischen Organisationen „Rodna schakita“ („Heimatschutz“) und „Anbrat“ (ein albulgarischer Königsname), begünstigt und teilweise schon unterstützt von den Behörden und dem Militär, gehen ungehindert nach italienischem Vorbild im Lande vor. Ein unerhörter Gewaltakt spielte sich in diesen Tagen in der nordbulgarischen Stadt Ferdinandowo ab, die von einer faschistischen Horde im Verein mit den Polizeiliegionen in regelrechten Belagerungszustand gesetzt wurde. Am frühen Morgen drang das mit schwarzen Hemden und schwarzen Mützen besetzte Gefolge, mit Militärgebeten bewaffnet, in Ferdinandowo ein, sperrte systematisch alle Straßen ab und verbot den zum Markte kommenden Bauern den Zutritt. Bei der dann erfolgenden Durchsuchung der meisten Wohnungen wurden zahlreiche Einwohner, die offen ihre Empörung über den standalösen Vorgang äußerten, in der schlimmsten Weise bedroht und mißhandelt, ein gewisser Hodschoff wurde sogar fast zu Tode geprügelt. Nachdem die Bande ihren Mut und ihre Brut gekühlt hatte, versammelte sie sich wieder, um den Postisten die überlassenen Gewehre zurückzugeben.

In der Sobranje richtete Abg. Gen. P. Duffess an Ferdinandowo an den Innenminister Plaptschew die Anfrage, was die Regierung gegen diese neue Vergewaltigung der unglücklichen bulgarischen Bevölkerung zu unternehmen gedenke. Die Antwort steht noch aus. Aber auch über diesen Vorfall dürften die „verantwortlichen“ Faktoren schweigen.

Litauische Arbeiterverfolgung.

Beschwerde der Gewerkschaften.

Kowno, 20. Februar. (D.C.) Eine Delegation des litauischen Gewerkschaftsverbandes beschwerte sich beim Ministerpräsidenten Wolodmaras über das Verbot von 14 Gewerkschaftsorganisationen und über die Verhaftung zahlreicher Funktionäre der Gewerkschaften. Der Minister versprach, diese Beschwerden in der nächsten Sitzung des Ministerrats vorzulegen. — Die Gerichte darüber, daß noch eine größere Anzahl Kommunisten dem Feldgericht übergeben werden soll, werden demontiert.

Kein Verzicht auf Wilna.

Anlässlich der Unabhängigkeitstafel hielt der litauische Staatspräsident Smetona eine Rede, in der er sagte: In der Erklärung der Unabhängigkeit Litauens habe es geheißen, daß Wilna die Hauptstadt des freien Litauens sein solle. Man dürfe jetzt nicht vergessen, daß die im Kriege Gefallenen ein Vermächtnis hinterlassen haben, daß noch erfüllt werden müsse. Litauens Hauptstadt Wilna sei noch immer nicht frei. Nach dieser Rede ist zu schließen, daß auch die neue litauische Regierung die Ansprüche auf Wilna nicht fallenlassen will.

Das Indiz.

Von Jodak.

Der Kompagniechef: „Der Herr Reichswehrminister hat befohlen, daß rücksichtslos jeder Soldat und Offizier aus der Armee zu entfernen ist, wenn er im Dienst ein Hoch auf Seine Majestät den Kaiser ausbringt. Im Interesse einer Stetigkeit der Dienstabteilung müssen wir uns demnach von Elementen freizubehalten suchen, die sich diese Anordnung zumhe machen könnten, um das Dienstverhältnis vorzeitig zu lösen. Keine Gelegenheitskandidaten also anwerben, die sich bei erster Gelegenheit rasch aller Verpflichtungen entziehen, sondern zuverlässige Leute, welche mit Lust und Liebe bei der Sache sind und an ein dienstliches Kaiserhoch nicht denken. Wieviel Anmeldungen liegen denn vor?“

Der Feldwebel: „Hier Stütz, Herr Hauptmann!“

Der Kompagniechef: „Und wieviel Ehrfurcht brauchen wir?“

Der Feldwebel: „Einen Mann, Herr Hauptmann.“

Der Kompagniechef: „Also denn mal los ... Sie haben sich doch wohl nach den Leuten eingehend erkundigt?“

Der Feldwebel: „Janob, Herr Hauptmann. Zunächst ist da ein Kurt Müller, 22 Jahre alt, von Beruf Metallarbeiter, zurzeit erwerbslos. Vater auch Arbeiter, zurzeit ebenfalls ohne Erwerb.“

Der Kompagniechef: „Kommt natürlich nicht in Betracht. Wie sollte in solch eine Familie die militärische Denkart Eingang gefunden haben! Schädigt die Konjunktur am Arbeitsmarkt mal wieder um und verdient er anderwo besser, dann mandoriert er sich in einer Viertelstunde aus der Reichswehr wieder hinaus. Sie wissen; das Kaiserhoch!“

Der Feldwebel: „Dann ist da ein Herbert Reier, Inhaber des Zivildienstzeichens, bisher tätig im Geschäft seines Vaters, der Ortsgruppenvorsitzender der Demokratischen Partei ist.“

Der Kompagniechef: „Am, also vermutlich auch sonderbarster Charakter, der sich in den Kopf gesetzt hat, in die Beamtenlaufbahn hineinzurutschen. Hat er Aussicht, bei einer Behörde unterzukommen, dann hat er rasch sein kleines Kaiserhoch bei der Hand und bricht uns aus. Kommt also nicht in Frage. Weiter.“

Der Feldwebel: „Kurt Schröder, Buchhandlungsgehilfe. Vater Kaufmann. Es ist festgestellt, daß Schröder kürzlich gelegentlich der Veranstaltung eines im übrigen unpolitischen Vereins ein Hoch auf die deutsche Republik ausgebracht hat.“

Der Kompagniechef: „Schon fast, diese Art politischer Betätigung, ein solches Kennzeichen der Unzulänglichkeit für die Reichswehr. Kom Hoch auf die Republik ist nicht weit zum Hoch auf den Pazifismus, und wer ein Pazifist ist, wird sich in der Reichswehr nicht wohl fühlen, und wer sich nicht wohlfühlt bei uns, der bringt rasch ein kleines Hoch auf den Kaiser aus — und wir haben dann die Scherereien. Weiter.“

Der Feldwebel: „Hans Heiling, Gutbesitzersohn. Ist im Besitz eines Empfehlungsscheins vom Stabshelm. Gehört der deutschnationalen Partei an. Hat neulich ein Hoch auf den Kaiser ausgebracht.“

Der Kompagniechef: „Tomas, das ist der richtige Mann für uns. Den stellen wir ein und keinen anderen. Das scheint ja ein Bursche mit Lust und Liebe zum Soldatenberuf zu sein, ein Mann mit Ehrbegriffen, ein zuverlässiges Element, das zu uns paßt.“

Der Feldwebel (etwas betroffen): „Verzeihung, Herr Hauptmann, aber das Kaiserhoch ...“

Der Kompagniechef: „... das außerdienstliche Kaiserhoch ist die sicherste Gewähr dafür, daß er mit Herz und Seele bei der Sache sein wird und niemals durch ein dienstliches Kaiserhoch uns den Rücken zu kehren gedenkt. ... Der Mann wird genommen!“

Für die Verlängerung der Schutzfrist. Die Sektion für Dichtkunst der Preussischen Akademie der Künste, die sich bereits in einer öffentlichen Rundgebung für die Verlängerung der Schutzfrist geistigen Eigentums auf 50 Jahre ausgesprochen hat, gibt in einem Gutachten eine ausführliche Begründung ihrer Stellungnahme. In dem Gutachten wird zunächst darauf hingewiesen, daß die 50jährige Frist außer in den romanischen Ländern u. a. in Dänemark, Norwegen, den Niederlanden, Großbritannien, Ungarn, Polen, Tschechoslowakei und in der Türkei, die 50jährige Frist dagegen außer in Deutschland nur noch in Bulgarien, Japan, Schweden, der Schweiz und Oesterreich besteht. Diese Rechtsungleichheit unterbinde die Rechtssicherheit im geistigen Austausch der Völker. Ferner sei es ungerecht, daß das geistige Eigentum im Gegensatz zu jedem anderen Besitz in seiner Vererbung zeitlich beschränkt sei, während der Gelehrt jeder anderen Besitz nach den spätesten Erben zugute kommen lasse. Gegenüber der Behauptung, daß es verhältnismäßig nur wenige Werke sind, die ihre Urheber um 50 Jahre überleben, stellt das Gutachten fest, daß es nicht auf Zahlen, sondern auf die grundsätzliche Frage ankomme. Im übrigen würden die freiverdenden Werke nach wie vor als Gegenstand geistlicher Ausnutzung behandelt und gingen nicht in den Allgemeinbesitz der Nation über. Mit Unrecht werde betont, daß durch das Freiwerden der Werke eine bedeutende Verdilligung eintrete; die Erfahrung lehre die Unrichtigkeit dieser Auffassung. Außerdem würden die 50 Jahre eine stärkere Bürgschaft dafür gewähren, daß der größte Teil der Werke ohne inneren Wert bis zu seinem Freiwerden von selbst ausgelassen sein würde, so daß die Spreu den Weizen nicht mehr ersäen könne. Auch die Lage der lebenden geistigen Arbeiter stehe in engem Zusammenhang mit der Schutzfrist, da die Werke der nicht mehr geschäftigen Urheber mit den übrigen in einen häufig erdrückenden Wettbewerb träten. Die Schutzfrist sei, so heißt es zum Schluß, nicht eine Frage privaten Urheberinteresses, sondern eine Frage der nationalen Kultur. Die Gründe, die die Akademie für ihren Standpunkt ins Feld führt, sind weder neu noch durchgreifend; ja zum Teil widersprechen sie sich. Es wäre sicher für die Künstler förderlicher, wenn sie andere Reformen des Urheberrechtes erstreben würden, denen auch die Gegner der Schutzfristverlängerung zustimmen könnten.

Gas und Elektrizität in Deutschland. Nur 100 Häusern haben etwa 88 in den großen Städten Gas und nur 64 elektrische Leitung. Von je 100 Familien, die in Großstädten wohnen, haben beinahe alle Gas, aber nur die Hälfte hat Elektrizität. Natürlich als Licht — denn zum Heizen und Kochen haben wir es dank der organisatorischen Rückständigkeit unserer Elektroanlagen noch nicht gebracht. Dabei verschwinden die städtischen Elektrizitätsbetriebe mehr und mehr als Kleinbetriebe von der Bildfläche. Sie werden von den großen Brüdern aufgekauft — finanziell, wirtschaftlich, bürokratisch. Leider meist auch nicht technisch, d. h. also die kleinen Anlagen bleiben im Betrieb, aber sie dienen nicht mehr dem Gemeinwohl, sondern einer kleinen begrenzten Verbraucherschaft. Bald wird die Elektrizität in Deutschland wie das Petroleum in Amerika in der Gewalt eines Trustes sein! Niemand in ganz Deutschland rührt die Hand, diesen wie es scheint unabwendbaren Gang des Werdens zu hemmen, der darauf hinausläuft, aus blinder kurzfristiger Profitgier die Preise hoch zu halten und dadurch die Ausbreitung der Elektrizität zu hindern. Es ist bekannt, daß die Gaswerke der größeren Städte von der gleichen Gefahr bedroht sind und daß alle Aussicht besteht, daß sie durch die „Jerngas männer“ erdrückt werden. Niemand kann in die Zukunft sehen — aber es wäre wünschenswert, daß neue Gasanlagen überhaupt unterbleiben, damit für die künftige Elektrifizierung der gesamten Wirtschaft der Weg offen bleibt.

Künstlerhonoreare in Amerika. New Yorker Blätter verraten die höchsten Honorare, die Künstler für ein einmaliges Aufreten in amerikanischen Städten mit einer Bevölkerung über 300 000 erhalten. Die Summen, die in den größten Städten gezahlt werden, sind sogar noch höher. Danach bekommt John McCormack 5000 Dollar für den Abend, Fritz Kreisler 4750, die Sängerin Dashi-Curci 4250 Dollar, ebenso viel Bederevskij; Mischa Elman und Schaslapin erhalten 4000 Dollar pro Abend, Kubelick 3500. Der Regier Roland Hayms bekommt 3200 Dollar, Frau Schumann-Heink 3000 Dollar, ebenso viel Benjamin Gligi. Geraldine Farrar muß sich mit 2000 Dollar pro Abend begnügen.

Musikant. Dienstag veranstaltet das Pöbharmonische Orchester (erster Dirigent Otto Warienberg) einen Jagdn.-Magari.-Beethoven-Abend.

Das zweite Konzert der Schule Reimann findet am 26. in den Gela miträumen des Zoo statt. Die Substitutionsliste liegt beim Festausfühler im Reimannhaus, Landshuter Straße 88, aus.

Englische Theater Drucker Schauspielerei. Die letzte Wiederholung von „Vads Winterered höher“ findet am 27., vormittags 11, Uhr, im Schiller-Theater statt.

Das diesjährige Konfessionelles des Allgemeinen Deutschen Musikvereins findet vom 11.—13. Juni in Krefeld statt. Leitend ist Generalmusikdirektor Dr. Rabold Siegel.

Julia Klant bringt am 4. und 10. März im Alindmor 13. Scharmentia. Es ist eine neue Tanz-Suite zur Aufführung. Am 5. 6. 13. und 17. März spricht No. Blicher Klant in der „Urania“ über seine neue Bewegungsschritte. Praktische Vorführungen und Gruppenübungen der Schule Julia Klant folgen.

Mein Reis! Nach der neuesten Statistik hat sich die Zellverzeugung an Reich seit dem Kriege um 16 Prozent gehoben. Dabei hat 80 oder der Fünfteltrag auf den Keller nur unmerklich zunehmen. Er betrug für 1908 bis 1913 14 Doppelgeminer pro Zellar, für 1914 auf 16 und für 1925 auf 15,6 Doppelgeminer.

Produktionssteigerung, nicht Schutzoll.

Landwirtschaftsdebatte im Landtag.

Im weiteren Verlauf der Montagssitzung des Landtags wurde zunächst die Debatte über den Domänenetat zu Ende geführt. Die Abstimmungen über die dazu gestellten Anträge sollen am Mittwoch erfolgen. In der nun folgenden Aussprache über den Landwirtschaftsetat sprach als erster Redner

Abg. Peters-Hochdona (Soz.):

Die europäische Wirtschaftskrise hat auch ihre Rückwirkung auf die deutsche Landwirtschaft gehabt. Aber rückwärtig muß doch festgestellt werden, daß während des Krieges die deutsche Landwirtschaft wesentlich günstiger stand als andere deutsche Bevölkerungsgebiete. (Sehr wahr links!) Auch während der Inflation und danach bei der Stabilisierung, in der Zeit des Kreditengpasses, hat die Landwirtschaft viel besser abgekommen als andere Berufsstände. Die heutige allgemeine Krise unterscheidet sich wesentlich von dem Vorhergehenden: sie ist eine Abwärtskrise. Die jetzt herrschende Agrarkrise aber hat ihre Ursache in der zu geringen Erzeugung der deutschen Landwirtschaft. Wir brauchen also eine Produktionssteigerung. (Sehr richtig bei den Soz.)

Vorbildliches hat auf dem Gebiete der Produktionssteigerung durch die Errichtung von Muster- und Beipielwirtschaften Bayern gewollt. In diesem einen Falle ist das bayerische Beispiel für Preußen durchaus nachahmenswert. Auch die Verhältnisse in den beiden Nachbar- und Einfuhrländern Holland und Dänemark sind überaus lehrreich. Beide verfügen über sehr wenig Großgrund, aber dafür über einen außerordentlich leistungsfähigen und gesteigerten Kleinbesitz. Beides sind Freihandelsländer. Wenn wir hier dieselben Erfolge erzielen wollen, zum Beispiel im Frühgemüsebau, so werden wir schon ebenso intensiv bewirtschaften müssen wie die holländischen und dänischen Landwirte.

Eine wesentliche Voraussetzung dieser Produktionssteigerung ist allerdings die grundlegende Durchbildung unserer landwirtschaftlichen Nachwuchs, wie es auch die Sozialdemokratie in ihrem Agrarprogramm fordert.

Schon die Landwirte müssen auf diesem Gebiete vorgebildet sein. Die ländlichen Fortbildungsschulen müssen obligatorisch werden. (Sehr richtig links.) Die Direktoren der landwirtschaftlichen Winterschulen klagen fortlaufend darüber, daß ihre Schüler in den Elementarlehren zu ziemlich allen Vorkenntnissen vermissen lassen. (Hört, hört links.) Auf dem Gebiete des Mittelschulwesens muß eine größere Einheitlichkeit Platz greifen, die Verbesserung muß befeitigt werden. Vor allem aber muß mehr wie bisher praktischer Anschauungsunterricht geleistet werden. Eine Berücksichtigung dieser von mir angeführten Gesichtspunkte wird für die deutsche Landwirtschaft wesentlich produktionssteigernd sein.

Die Rechtsparteien und der in ihnen vertretene Großgrundbesitz kennt allerdings nur ein Mittel, das produktionssteigernd sein soll, die Hochschutzzölle! (Sehr wahr links.) Und doch hat die Entwicklung der letzten Zeit bewiesen, daß unsere Vorherlage auf Grund früher gemachter Erfahrungen berechtigt war. Jene Schäden der arbeitenden Bevölkerung ist als eine Folge dieser Schutzpolitik der Preis in die Höhe gegangen. Auch die Kleinen und die mittleren Landwirte haben von dieser Zollpolitik keine Vorteile. Denn gerade diese Kreise sind auf intensive Viehzucht angewiesen und gezwungen, das fehlende und durch Zölle verteuerte Getreide anzukaufen. Leider hat auch der Kampf der Rechtsparteien gegen eine vernünftige Handelsvertragspolitik mit anderen Staaten uns außerordentlich geschadet.

Hunderttausende von Erwerbslosen könnten heute ihr Brot verdienen, wenn nicht durch die englische Interessenpolitik der Hochschutzzölle ihnen die Möglichkeit dazu genommen wäre.

Abg. von Plehwe (Dnat.) klagt über die außerordentliche Notlage der Landwirtschaft und tritt für die Schutzollpolitik ein.

Hierauf vertagt sich das Haus auf Dienstag, den 22. Februar, mittags 12 Uhr. Tagesordnung: Fortsetzung der Debatte über den Landwirtschaftsetat, Entscheidung über den Einspruch des Abg. Reilmann (Komm.) wegen seiner Ausschließung aus acht Sitzungstagen, Abstimmung über die Gewerbesteuer für 1927.

Roggenpreise - Roggennot.

Eine sozialdemokratische Interpellation im Reichstag.

Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft hat die Aufgabe übernommen, einen Reichskommissar in die deutsche Getreidehandelsgesellschaft zu entsenden, der beauftragt ist, jederzeit die Bücher der Gesellschaft einzusehen und Auskunft in allen geschäftlichen Angelegenheiten zu verlangen. Der Reichskommissar hat sich bei dieser Wahrnehmung der öffentlichen Interessen davon leiten zu lassen, den Preis für Roggen nach Möglichkeit so zu halten, daß er im Verhältniß zum Preis des deutschen Weizens bleibt, die Bekantheit des letzten Bodens mit Roggen sichert und die Ernährungsverhältnisse nicht gefährdet werden. Ist das letztere der Fall, insbesondere wenn die Roggenpreise eine durch die Weltmarktlage nicht gerechtfertigte Preissteigerung erfahren haben, so hat der Reichskommissar das öffentliche Interesse besonders zu wahren und auf eine Senkung der Roggenpreise hinzuwirken.

Diese Einwirkung ist nicht erfolgt. Ueber die heutige Preissteigerung hinaus ist noch eine weitere Roggen- und Brotsteigerung zu erwarten. Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstags hat deshalb eine Interpellation eingebracht, in der die Reichsregierung um baldigste Auskunft ersucht wird:

1. über das Geschäftsgebahren der Deutschen Getreidehandelsgesellschaft seit ihrer Gründung bis zum Tode der Geschäftsführung,
2. wann, in welcher Höhe und für welche Zwecke der Kredit des Reiches in Anspruch genommen wurde,
3. wann und in welcher Höhe sich die Bezugsvereinbarungen der deutschen Landwirte, die Getreide-Syndikat-Gesellschaft und das Deutsche Getreide-Syndikat mit dem vorgesehenen Stammkapital beteiligt haben, und
4. über die durch das Gesetz vorgeschriebene Tätigkeit des Regierungskommissars, im besonderen soweit sie darin besteht, auf eine Verbilligung des Roggenpreises hinzuwirken.

Bürgerblockfront beim Wehretat.

Alle sozialdemokratischen Anträge vom Ausschuss abgelehnt.

In der am Montag im Ausschuss für den Reichshaushalt fortgeführten Beratung des Wehretats brachte Genosse Künzler weitere Fälle zur Sprache, aus denen die gegen die Republik gerichtete Einstellung von Reichswehroffizieren hervorgeht, wie er auch nachweisen konnte, daß in bestimmten Fällen Bewerber nicht eingestellt wurden, da künftige Privater, die man eingeholt hatte, angeblich unzulänglich lauteten.

Auch Genosse Stücken wies zum Beweise für das vielen Offizieren fehlende psychologische Verständnis auf jene bekannten Beschlüsse des Herrn v. Ciemom in Goslar hin, in dem den Kandidaten der Besatz von Anwärtern, Borden und dem Gewerkschaftshaus verboten worden war. Im Rapp-Busch habe die Reichswehr verstoßen, ebenso in München. Nur in Sachsen und Thüringen, wo die Aktion gegen republikanische Arbeiter getrieben war, sei es anders gewesen. Die Parole „Nie wieder Krieg!“ bedeute nicht Ablehnung der Verteidigung im Falle eines Angriffes, sondern das Verlangen nach allgemeiner Abrüstung.

Demgegenüber betonte Reichswehrminister Dr. Gessler, daß die

Schweinefleisch und Kartoffeln.

Rationalistische Hege aus Interessentenegoismus.

Die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen sind abgebrochen. Die Interessenten auf beiden Seiten sind am Werke, die Situation zu verschärfen. In Deutschland sehen die Deutschnationalen, die stärkste Regierungspartei, die deutsch-polnischen Beziehungen unter ostelblichem Gesichtspunkt. Deutschland soll, wenn es nach ihnen geht, gegen die polnische Landwirtschaft eine unübersteigbare Zollmauer errichten.

Die agrarisch-egoistische Grundlage der nationalistischen Hege gegen Polen tritt mit nackter Brutalität heroon in einem Aufsatz der deutschnationalen Reichstagsabgeordneten Arnstadt in der „Kreuz-Zeitung“. In diesem Aufsatz wird stammender Protest erhoben — zwar nicht gegen das Volk der Dörner und Parositen, wie es in der „Pommerschen Tagespost“ hieß — wohl aber gegen das polnische Schwein, die polnische Kartoffel, die polnische Gerste. In diesem überaus lehrreichen Aufsatz heißt es:

„Polen hat hauptsächlich Ueberfluß in Getreide, Kartoffeln, tierischen Produkten und Holz, die es an Deutschland absetzen will und muß. Infolge der günstigen Verhältnisse ist Polen unser gefährlichster Konkurrent.“

Der Führer der deutschen Handelsvertragsverhandlungen, Staatssekretär a. D. Dr. Ueberschär, hat schon ganz bedeutende Zugeständnisse gemacht. Ein sehr erhebliches Kontingent geschlachteter Schweine und die unbeschränkte Einfuhr von Schweinefleisch für eine größere Anzahl von deutschen Fleischfabriken ist zugestanden worden. Neben diesen Zugeständnissen fordern die Polen eine erhebliche Herabsetzung der Getreidezölle, und über eine 50prozentige Ermäßigung des Kartoffelzollens ist schon diskutiert worden. Ferner fordert man eine Ermäßigung der Holzölle, namentlich für geschnittenes Holz um 60 Proz.

Auf allen diesen Gebieten ist Polen als der gefährlichste Konkurrent Deutschlands anzusehen, einmal wegen seiner unmittelbaren Angrenzung an Deutschland und ferner in der Möglichkeit, seine Produktion auf diesen Gebieten ganz erheblich auszubehnen, die um so gefährlicher wird, wenn sie mit dem aus Deutschland zufließenden Geldstrom, durch die Erleichterung des Absatzes, begünstigt wird.

In der Caprizzeit suchte man die Zollherabsetzung gegenüber Oesterreich-Ungarn damit zu begründen, daß man den Verbänden wirtschaftlich kräftigen müßte. Dieses Argument kann man Polen gegenüber nicht ins Treffen führen.

Wir haben keinen Grund, Polen wirtschaftlich auf die Beine zu helfen und seine Valuta zu verbessern, denn Polen wird uns, trotz Handelsvertrag und Niederlassungsabkommen, immer feindlich gesinnt bleiben.

ja um so mehr wird es uns dies fühlen lassen, je mehr es wirtschaftlich erstarkt. Dazu aber zu helfen gegenüber sehr problematischen Verhältnissen auf dem Gebiete der Niederlassungsfrage, halten wir mit unserm nationalen Standpunkte nicht vereinbar.

Glaubt man aber Handelsverträge mit Polen abzuschließen zu sollen, so kann dies nur auf der Basis des mit Schweden abgeschlossenen Vertrages geschehen, und als weitere Voraussetzung müssen wir fordern, daß die unzulänglichen Uebergangszölle mit dem 31. März d. J. in Wegfall kommen. Besondere Begünstigungen, wie Zugeständnisse betreffs Einfuhr von Schweinen, wenn auch im geschichtlichen Zustande, sowie unbegrenzten Fleischmengen, dürfen Polen nicht gewährt werden.

Für die Regierung wird der polnische Handelsvertrag in seiner weiteren Entwicklung ein Präzedenz sein,

wie sie sich zur Landwirtschaft einstellt und ob sie geschlossenen festen Willens ist, die Existenz der Landwirtschaft zu sichern, denn in dem Vertrage mit Polen stehen vitale Lebensinteressen auf dem Spiele.“

Die Polen werden zu Erbfeinden gestempelt, weil sie billiges Schweinefleisch und billige Kartoffeln liefern können. Weil ihre Lieferungen die durch Hochschutzzölle gesicherte Monopolstellung der Agrarier erschüttern könnten. Weil sie die ostelbischen Agrarier aus der Bequemlichkeit der Monopolstellung zu intensiverer Wirtschaft, zum Konkurrenzkampf zwingen könnten. Weil mit der Monopolstellung der Großagrarien das ganze System der Hochhaltung der Preise, der Begünstigung dieser Klasse bei mangelnder Versorgung der Gesamtheit fällt, das mit die Grundlage unserer Wirtschaftsnote ist.

Schweinefleisch und Kartoffeln! Das deutsche Volk soll sie nicht billiger erhalten. Die Lieferanten, die billiger verkaufen könnten, sollen von Staats wegen draußen gehalten werden.

Das ist die Grundlage der neuen deutschnationalen Hege gegen Polen. Deshalb soll ein neuer „Erbfeind im Osten“ geschaffen werden.

Herr Arnstadt hat es brutal deutsch ausgesprochen. Nichts von gegenseitiger Förderung beider Völker! Herr Arnstadt will sie nicht, denn „Polen wird uns immer feindlich gesinnt bleiben“. Das heißt: die Großagrarien werden sich niemals mit dem polnischen Schwein und der polnischen Kartoffel vertragen. Sie vertreten ihren „nationalen Standpunkt“, und der heißt: dem deutschen Volk nur kein billiges Schweinefleisch und keine billigen Kartoffeln!

Die Agrarier sind durch die Deutschnationalen in der Regierung vertreten. Herr Arnstadt spricht von einem Präzedenz. In der Tat: diese Frage ist eine der ersten großen Prüfungen, die an den Bürgerblock herantritt.

Die Deutschnationalen fordern für Polen die Sätze des schwedischen Handelsvertrages, den Wegfall der Uebergangszölle. Das heißt, sie fordern Zollsätze, die über das Niveau der Bismarck-Zölle hinausgehen und die ungeheuerlichen autonomen Zollsätze fast erreichen. Sie fordern, daß nunmehr der Anschlag gegen die Volksernährung, der mit dem schwedischen Handelsvertrag begonnen wurde, vollendet wird.

Schweinefleisch, Kartoffeln und Brot — sie sollen verteuert werden. Das ist die erste deutschnationale Forderung an den Bürgerblock. Um des agrarischen Egoismus willen sollen die Beziehungen zu dem Nachbarvolk im Osten entscheidend verschlechtert werden.

Am Sonntag las man in der „Germania“:

„Wir haben einen Weltkrieg wegen der Abneigung des Magyaren gegen das serbische Schweinefleisch gehabt. Das deutsche Volk wünscht keine noch fürchterlichere Neuauflage des Armageddon wegen der ostelbischen Abneigung gegen das polnische Schweinefleisch noch wegen anderer Differenzen mit Polen.“

Das ist eine Stimme aus dem Lager der zweitstärksten Regierungspartei. Sie steht in geradem Gegensatz zu den Ausführungen, die Herr Arnstadt in der „Kreuz-Zeitung“ peritrit. Der Gegensatz ist vorhanden und offenkundig. Wenn wird die Regierung des Bürgerblocks folgen?

Reichswehr nicht versagt habe, weder im Rapp-Busch, noch im Münchener Fall. Im Rapp-Busch habe der damalige Wehrminister nicht den Befehl zum Eingreifen gegeben, und er wolle im Augenblick nicht untersuchen, ob die Gründe dazu nicht sehr wohl erwogen gewesen wären. Im Falle München habe er (Dr. Gessler) befohlen. Allen der damalige Reichsminister (Dr. Stresemann, Ann. d. Red.) habe Herrn v. Ciemom willig lassen, daß er ihn noch wie vor als den Inhaber der militärischen Gewalt betrachte.

In der Einzelberatung wurde von den beiden Berichterstattern Stücken und Erling bemängelt, daß die in der Inspektion der Waffen und Geräte arbeitenden Herren jetzt auch die Ministerialzulage erhalten sollen. Die Inspektion sei zwar kürzlich auf Verlangen der Erlente in das Wehrministerium eingegliedert worden, aber die Arbeit selber, Ort und Zeit der Arbeit sei genau die gleiche geblieben wie früher. Die Konsequenzen der Gewährung der Ministerialzulage würden bei allen anderen Ministerien und Behörden unabsehbar sein.

Dr. Gessler selber trat mit verschiedenen Kommissionen sehr lebhaft für die Bewilligung der Ministerialzulagen ein.

Die Frage wurde zur Klärung dem Unterausschuss überwiesen.

Der sozialdemokratische Antrag auf Streichung des Gehaltsfonds des Reichswehrministeriums in Höhe von einer Million Mark wurde gegen die sozialdemokratischen und kommunistischen Stimmen abgelehnt.

Für die Kosten der Untersuchung und Abnahme von Waffen, Gerät und Munition, Erprobung von Formveränderungen, Aufstellung technischer Vorschriften, Verwaltung und Ergänzung der Zeichnungen usw. werden neu 2.656.000 Mark verlangt, und die Mittel sollen übertragbar gemacht werden. Ministerialdirektor Dr. Lotholz nahm diesen Titel zum Anlaß, gegen die sozialdemokratische Absicht, bei derartigen Titeln die Uebertragbarkeit nicht mehr zu bewilligen, sehr ausführlich zu polemisieren.

Die Genossen Hody und Helmman traten ihm unter Anführung der Gründe, die in unseren Spalten wiederholt dargelegt worden sind, entgegen.

Nach langer Debatte wurden indessen sowohl der sozialdemokratische Antrag auf Streichung der Uebertragbarkeit der Mittel wie der auf Herabminde rung der Titelsumme auf 500.000 Mark abgelehnt.

Zum Titel Musikmeister

hatte Genosse Kuhst folgende Entschlüsse eingebracht:

1. Den Militärmusikern ist das Musikieren in Kinos, Kaffees, Restaurants, Gartenlokalen, Kurorten usw. zu unterliegen, wenn sich diese Tätigkeit auf mehr als zwei aufeinander folgende Tage erstrecken soll.
2. Sämtliche Kleinpielgeschäfte der Militärmusiker sind unter Zivilkleidung auszuführen. Das Anlegen der Uniform bei Großspielgeschäften ist nur ausnahmsweise zu genehmigen, und zwar unter strenger Beachtung der dafür maßgebenden Bestimmungen.
3. Die einseitige Auslegung der Bestimmungen vom 8. Juli 1921 durch das Reichswehrministerium (S. 25. 2. T. IV. vom 12. Februar 1925) ist zu erlösen durch eine Ausführungsbestimmung, die zwischen dem Reichswehrministerium und dem Deutschen Rüstlerverband zu vereinbaren ist.
4. Zwecks Regelung von Streitfällen sind unparteiische Schlichtungs- und Gutachterkörperschaften zu bilden, und zwar unter Mitwirkung der Arbeitssämter.

Die Gründe für diese Entschlüsse wurden vom Genossen Kuhst in wiederholten Darlegungen in eindringlicher Weise dargestellt. Reichswehrminister Gessler wendete sich indessen gegen die Entschlüsse, die denn auch von den bürgerlichen Parteien gegen die sozialdemokratischen und kommunistischen Stimmen abgelehnt wurde. Angenommen wurde dagegen eine Entschlüsse der beiden Referenten Stücken und Erling, die Reichsregierung zu erlösen, Maßnahmen zu ergreifen, damit ohne Verletzung aussehender Soldaten der Erwerbslosenversicherung eingeleitet werden.

Der sozialdemokratische Antrag auf Einsetzung eines Staatssekretärs und Streichung der Stellen von einem General, einem Generalleutnant, 2 Generalmajoren, 6 Obersten, 12 Oberstleutnants, 30 Majoren wurde von den Genossen Stücken und Dr. Leber begründet, von den bürgerlichen Parteien indessen abgelehnt.

Verbesserung der Invalidenversicherung.

Einsetzung eines Unterausschusses.

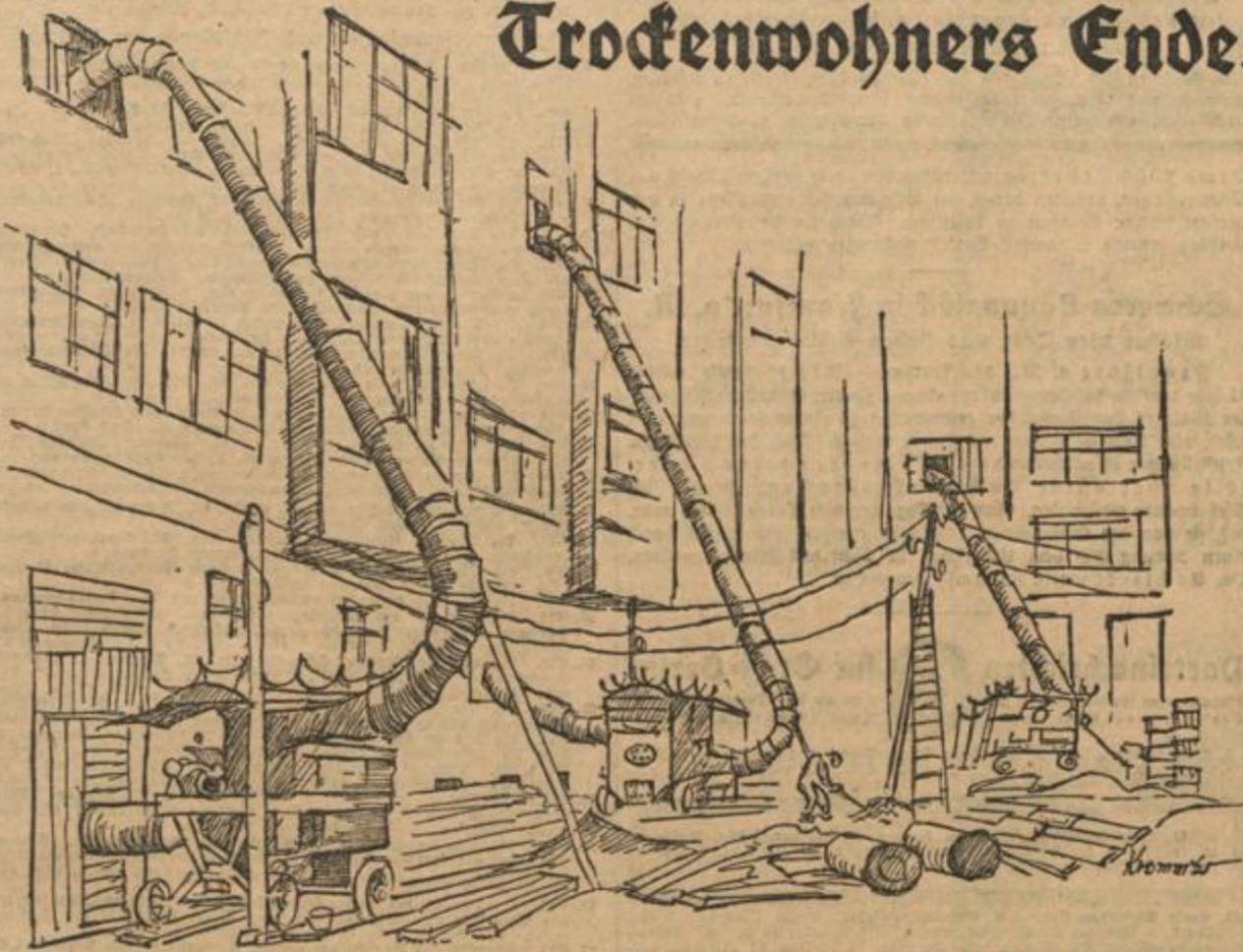
Auf Antrag der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion beschloß sich am Sonnabend der Sozialpolitische Ausschuss des Reichstags mit den schon seit über einem Jahre vorliegenden sozialdemokratischen Anträgen, die vor allen Dingen eine Erhöhung der Rentenleistungen und eine sozialere Ausgestaltung der Bestimmungen über die Witwenrenten forderten. Hierzu kam eine Reihe weiterer Anträge, die teilweise von der kommunistischen, teilweise von der Zentrumsfraktion gestellt waren. In einem einstündigen Vortrage gab der Vertreter des Reichsarbeitsministeriums einen Ueberblick über das Wesen der Invalidenversicherung und besonders über die materiellen Konsequenzen der gestellten Anträge. Die sozialdemokratische Forderung, von Seiten der Reichsregierung positive Vorschläge zu stellen, lehnte er zunächst ab, beziehungsweise mit der Begründung, daß erst am Vortage die Regierungsparteien einen Regierungsentwurf vollkommen umgestoßen hätten, und daß er deshalb erst Vorschläge machen könnte, wenn er einigermaßen die Stimmung der Mehrheit festgestellt habe. Um die brennenden Fragen der Verbesserung der Invalidenversicherung eingehend und sachlich prüfen zu können, wurde ein Unterausschuss eingesetzt, in dem die sozialdemokratische Fraktion durch Genossen Karsten als Berichterstatter und Genossinnen Schroeder und Nemlich vertreten ist. Der Unterausschuss nimmt am Dienstag seine Arbeiten auf.

Coalidge kann warten. Es heißt, daß weitere Schritte des Präsidenten Coalidge in der Frage der Flottenaufrüstungskonferenz infolge des Erfolgens Japans, mit den Verhandlungen nicht vor dem 1. Juni zu beginnen, hinausgeschoben werden würden.

Der spanische Außenminister, der vom Völkerverbund her bekannte Pangras, ist zurückgetreten. Primo de Rivera ist jetzt auch Außenminister.

Im Generalstaatsgebäude zu Warschau wurde bei Erneuerungsarbeiten in einer Wand eine Panzerplatte gefunden. Nach fünfständiger Arbeit hatte man sie frei und offen. Inhalt: 10 Barren Gold, zusammen 41 Kilogramm. Herkunft noch unbekannt.

Trockenwohners Ende.



Richtige Trockenwohnerel kennen wir ja nun schon lange nicht mehr: Wer heute das unglaublich große Glück hat, eine Wohnung zu bekommen, der hält sie fest — sie mag aussehen wie sie will. Heute denkt kein Mensch daran, gerade dann eine Wohnung zu verlassen, wenn sie anfangs behaglich und gemütlich zu werden, und vergessen fast ist die nomadische Gewohnheit der echten Trockenwohner, die vor dem Kriege alle Jahre mindestens einmal umzogen. Stets wohnten sie in eben erbauten Häusern, möglichst mit allem Komfort der Neuzeit, und sie sparten trotz der häufigen Umzüge immer noch erheblich an Miete, denn stets wohnten sie mehrere Monate so gut wie umsonst. Ihre Gegenleistung war eben das „trockenwohnen“, denn es war so gut wie unmöglich, mit den früher üblichen Mitteln ein Haus wirklich auszutrocknen. Die offenen Koksöfen, diese primitivsten Öfen, beseitigten gerade die schlimmste Mäße der rohen Mauern, aber der Berputz blieb noch lange feucht und hand schlecht ab. Die Koksöfen entwickelten zwar reichlich oft Kohlenoxydgas und wurden darum schließlich sogar polizeilich verboten; aber die zum Bünden des Putzes nötige Kohlenäure konnte erst nach und nach von den Herden, Lampen und Lungen der „Trockenwohner“ geliefert werden. Auch die verbesserten Koksöfen, die dann in Gebrauch kamen, hatten nicht viel größeren Ruheeffekt, und nur die Wohnungsnot trieb die Menschen in die eben fertiggestellten, oft noch feuchten und gesundheitsgefährlichen Wohnungen. — Seit kurzer Zeit ist nun aber auch hier in Berlin ein neues Verfahren in Gebrauch, das aller „Trockenwohnerel“ ein für allemal ein Ende bereitet. Das „Druk-Umluftverfahren“ trodnet einen Neubau in wenigen Tagen derart aus, daß sofort alle

Handwerkerarbeiten im Innern in Angriff genommen werden können, und die Räume sind dann sofort bewohnbar. Das Verfahren selbst ist sehr einfach. In das vollständig abgedichtete Haus werden zwei dicke Rohre geleitet, die von einem fahrbaren Koksrost heiße Luft in den Bau leiten. Der Wagen enthält den Koks und einen Ventilator, der durch einen Elektro- oder Dieselmotor betrieben wird. Dieser Ventilator bringt durch seine Saugwirkung auf die Außenluft den Koks zu vollständigster Verbrennung und verhindert damit das Entstehen von Kohlenoxyd, diesem giftigen und heimtückischen Gas. So haben die Verbrennungsgase dieses Koksrosts eine Temperatur von 1500 Grad Celsius, und sie müssen darum, bevor sie in den Bau geleitet werden, durch Zuführung von Frischluft auf eine Temperatur von 125 Grad herabgesetzt werden. In den abgedichteten Häusern herrscht nun durch die ständige Zuführung der heißen Luft Ueberdruck, und so wird diese schließlich durch die an sich ja porösen Wände herausgedrückt, und der ständige Luftwechsel trodnet so alles rauwerk in kürzester Zeit aus, man rechnet 3—4 Tage pro 1000 Quadratmeter umbauter Fläche. Gleichzeitig aber sorgt der große Kohlenäuregehalt der Abgase (ein 30mal höherer als in der frischen Luft) dafür, daß aller Putz abbindet, das heißt er besorgt das Gschäft, das früher die Lunge des „Trockenwohners“ übernehmen mußte.

Das Recht auf die Ausbeutung dieses Patenten hat eine Firma aus Hannover erworben, und es sind in und bei Berlin schon mehrere große Häuserkomplexe und Siedlungen nach dem neuen Verfahren ausgetrocknet worden.

Die Straftaten des Bankdirektors Kunert. 1½ Jahre Zuchthaus für ehemalige Justizbeamte.

Neben den schon zweimal abgeurteilten Justizbeamten Pahle und Koffel nahmen in dem am Montag vor dem Schöffengericht Mitte eröffneten Altendiebstahlprozesse auf der Anlagebank auch Karl Hübner, der bis zu seiner Verhaftung Bureauvorsteher bei Rechtsanwalt Dr. Ludwig Meyer gewesen war, und der Bankbeamte Siegfried Peiser Platz. Diese vier Angeklagten sind beschuldigt, mit dem flüchtigen Bankdirektor Kunert zusammengewirkt zu haben, um dessen Straftaten zu beseitigen. Es handelt sich hierbei um den umfangreichsten aller Altendiebstahlsfälle, denn es sind nicht weniger als zehn Bände Aktien verschwunden.

Gegen Kunert hatten drei wichtige und umfangreiche Straftaten geschwebt. Von der einen wurde das Fehlen von zwei Bänden Aktien und der Handakten festgestellt, von der zweiten, bereits durch Amnestie erledigten Sache, fehlten vier Bände, von der dritten ein Hauptband und die Handakten, so daß gar nicht ermittelt werden konnte, um was es sich handelte. Außerdem fehlte ein Band Aktien aus einem Strafprozeß gegen Kunert im Jahre 1913, in dem er wegen Betrug zu 6 Monaten Gefängnis, 600 M. Geldstrafe und 3 Jahre Ehrverlust verurteilt worden war. Im ganzen also zehn Bände. Die Angeklagten Koffel und Pahle haben Kunert nicht gekannt, sondern sind mit ihm nur durch Vermittlung von Hübner in Verbindung getreten. Zuerst hat Hübner einen Band zu dem Bankdirektor Kunert gebracht und einen Scheck über 300 M. von Kunert erhalten. Als Koffel Hübner weitere Bände brachte und sie zur Villa Kunerts fuhren, habe Koffel gesagt, jetzt müsse aber ein Tausender herauspringen. Kunert aber habe wiederum nur 300 oder 400 M. gegeben. Hübner habe ihnen auch stets erklärt, daß Kunert nach dem er einmal die Aktien erhalten hatte, sich nicht mehr habe sprechen lassen. Der Vorsitzende stellte fest, daß Peiser schon in den Jahren 1912 bis 1914 im Strafverfahren gegen Kunert wegen Wechselschiebungen als dessen Entlastungszeuge aufgetreten ist; Peiser gab an, daß er Kunert seit jener Zeit jahrelang nicht gesehen habe. Im Februar 1925 sei seine Firma in das Haus Kunerts, Schloßplatz 1, eingezogen, und er habe Kunert dadurch wieder getroffen. Dieser habe ihm bald gesagt, daß es ihm daran liege, sein Vorleben zu vertuschen. Er sei im Aufsichtsrat der Motorenwerke Mannheim, und der Vorsitzende Fönl habe erfahren, daß er vorbestraft sei. Man habe ihm drei Wochen Frist gelassen, sich zu erklären, anderenfalls auszuscheiden. Da er Großaktionär sei, habe er nicht Lust, das Amt niederzulegen und möchte die Vorstrafen und die Aktien über die eingestellten Strafverfahren beseitigt haben. Peiser will ihm geraten haben, die Vorstrafen löschen zu lassen. Kunert war aber der Meinung, daß das monatlang dauern würde. Darauf habe er Kunert gesagt, daß er einen gewissen Hübner kenne, der mit Gerichtsekretären bekannt sei. Er bestreite, daß er vorher schon von Kunert 300 M. bekommen habe, um einen Kriminaloffizienten für diese Sache zu gewinnen.

Das Schöffengericht verurteilte Justizinspektor Pahle und Justizobersekretär Koffel wegen Altendiebstahls und Beistellung zu je 1 Jahr 6 Monaten Zuchthaus, 300 M. Geldstrafe oder weiteren 30 Tagen Zuchthaus und 3 Jahren Ehrverlust, Bureauvorsteher Hübner und Bankbeamter Peiser wegen Weibliche zur Anstiftung der Beistellung und Altendiebstahls zu je sechs Monaten Gefängnis. Außerdem wurde auf Einziehung der Beistellungsgelder erkannt. Hübner wurde die Untersuchungshaft angedroht und er wurde aus der Haft entlassen. Peiser blieb in der Strafhaft wegen einer in seinem Interesse vorgenommenen Altendiebstahls weiter in Haft.

Die Märzmiete.

Das städtische Nachrichtenamt teilt mit: In Berlin weicht die für den Monat März 1927 zu zahlende gesetzliche Miete gegenüber der Miete für die vorigen Monate in geringem Umfange dadurch ab, daß neben der im übrigen unverändert bleibenden Miete im Monat März nur 100 Proz. Gemeindefürschlag zur staatlichen Grundvermögenssteuer an Stelle von bisher 150 Proz. auf die Mieter nach dem Verhältnis der reinen Mietbedienheiten umgelegt werden können. Diese Umlage, die im allgemeinen nur geringe Beträge ausmacht, ermäßigt sich also um ein Drittel.

Gerichtstag.

Von Fred Bérence.

Copyright 1925 by Paul Zolnay, Wien

25]

Mit Empörung merkte ich, daß André höhnisch lächelte. Die Verzweiflung meiner Mutter schmerzte mich mehr, als die Krankheit des Vaters. „Warum hat er uns denn nicht verständigt?“ fragte ich leise. „Er wagt es nicht, stell dir nur einmal vor, daß er seit drei Jahren kein Lebenszeichen von sich gegeben hat. Wir müssen die ersten Schritte tun, Jacques; wenn er stirbt, bevor wir ihn wiedergesehen haben, würde ich mir ewig Vorwürfe machen.“ Ich zog sie an meine Brust und küßte sie auf die Stirn. André blickte uns mit spöttischem Ausdruck an. „Mama, liebste Mama, was auch immer geschehen möge, du darfst dir niemals Vorwürfe machen, du hast mehr getan, als deine Pflicht war, du hast dich für ihn geopfert.“ Ich hörte ganz deutlich, wie André hinzufügte: „Und uns auch.“ „Aber nicht wahr, du fährst nach Lyon? Du mußt fahren, ich könnte ja selbst hin, aber es ist besser, wenn du zuerst mit ihm sprichst.“ „Es versteht sich nur von selbst,“ meinte André höhnisch, „daß der Stellvertreter dem Chef des Hauses Rechnung legt.“ Ich hieß André schweigen. „Ja, die Wahrheit hört niemand gern.“ „Kannst du nicht einen Urlaub nehmen und morgen fahren?“ fragte die Mutter. „Das wäre möglich, denn der Direktor wollte gerade jetzt einen meiner Kollegen nach Lyon in unsere Filiale schicken, ich werde ihn ersuchen, mich an seiner Stelle hinfahren zu lassen, wenn ich ihm den Grund sage, wird er wohl einwilligen.“ „Das ist ja herrlich,“ rief meine Mutter begeistert. „Ja, ja, nur Mut, Geschäft ist Geschäft,“ spottete André. „Küsse ihn herzlich statt meiner und sag ihm, daß ich ihn lieb habe,“ fügte die Mutter hinzu. Ich ging ins Speisezimmer und deutete meinem Bruder, mir zu folgen. „Was willst du denn?“ sagte er ganz laut. „Nichts.“

„Warum machst du mir also hinter Ramas Rücken ein Zeichen, daß ich mit dir ins andere Zimmer gehen soll? Wenn du mir etwas zu sagen hast, kannst du mir es ebenso gut hier sagen, oder soll ich einen Frack anziehen — nebenbei bemerkt habe ich gar keinen — damit der gnädige Herr die Gnade hat, mir Audienz zu gewähren?“

„Kleine Schlange,“ murmelte ich und ging hinaus ohne zu antworten.

Nach einigen Augenblicken kam er ins Zimmer, unter dem Vorwand, etwas in einem Buch nachzuschlagen zu müssen.

„Also, was wolltest du mir sagen?“

„Ich weiß wirklich nicht, wie ich mit dir sprechen soll, du behandelst mich immer als Feind.“

Er lachte, ich fuhr fort: „Und doch wäre es sehr von größter Wichtigkeit, daß wir beide im Einverständnis handeln. Wie du siehst, ist Mama ganz außer sich; warum hast du ihr die Zeitungsnacht ohne irgendeine Vorbereitung gegeben? Du hättest es mir sagen sollen und wir wären schon auf einen Ausweg verfallen.“

„Du lieber Gott, das Schlimmste, was geschehen kann, wäre, daß er stirbt. Und dann sind wir ihn für immer los,“ sagte er ruhig und mit lauter Stimme.

Ich schloß die Tür. „Sprich leiser, die Mama könnte dich hören. Du glaubst wirklich, das Schlimmste wäre, wenn er stürbe? Da täuschst du dich, das Schlimmste, was geschehen könnte, wäre seine Rückkehr nach Hause.“

„Danke schön für diese Aussicht.“

„Und wenn wir nicht einig sind, kann es noch so kommen!“

„Aber er wird ja drausgehen.“

„Bitte, gebrauche keine derartigen Ausdrücke; ich habe ihn ja auch nicht gern, aber er ist doch unser Vater.“

„Aha, jetzt bist du wieder der Feine.“

„Keine Streitereien. Glaub mir nur, er wird nicht sterben. Kannst du dir denn vorstellen, was seine Rückkehr für uns bedeutet? Weißt du, was es Mühe und Arbeit gekostet hat, bis es uns endlich gelungen ist, halbwegs anständig zu leben?“

„Jetzt könnte er uns eigentlich schon in Ruhe lassen. Tante Olga hat es immer gesagt: „Zuerst hat er euer Vermögen aufgezehrt, und schließlich wird er sich von euch erhalten lassen.“ Ich wackte meine Hände in Unschuld.“

„Du kannst leicht reden.“

„Aber was soll ich denn dabei tun?“

„Mama wird sicherlich wollen, daß er sofort zurückkommt.“

„Nun, da werden wir eben Einspruch erheben; schließlich und endlich ist's ja unser Haus und nicht das Haus dieses Herrn.“

„Hör schon einmal mit dem Höhnern auf! Es ist viel wichtiger, daß wir friedlich über das beraten, was für alle das Beste ist.“

„Nichts wäre mir lieber, und wenn ich mir's überlege, so habe ich ja nichts gegen dich,“ erwiderte André. „Wir drückten uns die Hände.“

„Wenn es nichts anderes wäre, als ihn hier krank zu haben, in Gottes Namen; die Last könnten wir schon ertragen. Mama würde dann wenigstens beruhigt sein, aber alles andere, was drum und dran hängt.“

„Ja, was denn?“ fragte er.

„Du weißt nicht, welches Leben wir bei der Großmutter geführt haben; Streitigkeiten, Schulden, unaufhörlich Geldforderungen.“

„Doch, ich weiß es. Tante Olga hat es mir oft erzählt.“

„Abgemacht, wir halten zusammen.“

„Erlaube, daß ich dir einen Rat gebe: Sei nicht zu herzlich mit dem Vater; eine gewisse Kühle kann gar nicht schaden; soweit ich mich an mein Elternhaus erinnere, hat er sich gerade nicht sehr zärtlich gegen uns benommen; seine Hand hat ihn vertieft oft gekußt, und er hat uns bewiesen, daß wir nicht aus Glas sind.“

Tausend fürchterliche Erinnerungen fliegen in mir auf. Ich sah mich wieder „dort“ nackt, blutig, mit Dünger bespritzt. Und als hätte André meine Gedanken erraten, fügte er hinzu:

„Ich wäre ohne die Tante natürlich auch ganz einfach „Gemeindefind“ geworden, so wie du. Und wenn dieser Herr uns auf Kosten anderer hat erziehen lassen, so soll er nur auf Staatskosten sterben.“

„Du hast ganz recht; aber lassen wir diese Erinnerungen, denn wenn ich daran denke bekomme ich eine fürchterliche Wut. Jetzt müssen wir beide zusammenhalten.“

In diesem Augenblick rief uns die Mutter zum Essen. Niemand sprach während der Mahlzeit, jeder hing seinen Gedanken nach.

Raum waren wir fertig, als die Patin kam. Sie holte meine Mutter und die Kleinen zu einem Spaziergang ab. In ein paar Worten teilte man ihr alles mit.

(Fortsetzung folgt.)

Geselliger Abend des Bezirksbildungsausschuss.

Einen geselligen Abend hatte für die Arbeiter-Bildungsschule und die Freie Sozialistische Hochschule...

Der festlich wirkende Raum des Abgeordnetenhauses mit seinen Blütenweib gebedeten Tischen, der ständige Zustrom von Gästen...

Kesselexplosion in Lichtenberg.

Auf einem größeren Gelände, dicht am Bahnhof Kummelsburg liegen die Fabrikationsräume der Deutschen Kunstharz G. m. b. H.

Kommunisten untereinander!

Die Kommunisten unteren veranfahten gestern Abend um Anlaß des bevorstehenden Jürgens-Prozesses im Kleinen Tiergarten...

Mit der Bekämpfung eines sehr gefährlichen Feuers hatte die Feuerwehr gestern Abend etwa drei Stunden lang in der Adlerstr. 7 zu tun.

Die Bundesgründungsfeier des Reichsbanners findet heute, Dienstag, den 22., abends 8 Uhr, in der Stadthalle, Klosterstraße...

Porträte im Touristenverein „Die Naturfreunde“, Zentrale Wien, Abteilung Lichtberg...

Explosionsunglück in einem Schwesternhaus.

Gestern, 21. Februar. (M.) Im evangelischen Schwesternhaus in Gieschen ereignete sich heute ein schweres Explosionsunglück.

München in Schnee.

München, 21. Februar. (M.) Die starken Schneefälle, die seit Sonntag fast ohne Unterbrechung in München niedergegangen sind...

Republikanischer Abend

am Mittwoch, dem 23. Februar, abends 8 Uhr im Viktoriagarten, Wilmersdorf, Wilhelmstraße 118/114

Tagesordnung:

Der Kampf gegen die Lockerung des Mieterschutzes, gegen Bürgerblock und Hausbesitzerprofi

Alle Parteien sind eingeladen, um ihre Stellung hierzu zu erklären. Männer und Frauen, insbesondere Gewerbetreibende...

Etwa 2000 Arbeiter, unterstützt von einer großen Anzahl von Schneepflügen, arbeiten daran, die Schneemassen wenigstens in den verkehrreichen Straßen zu beseitigen.

Schweres Bauunglück in Frankfurt a. M.

Bisher vier Tote und sieben Schwerverletzte.

Frankfurt a. M., 21. Februar. (M.) Heute mittag 12 Uhr wurden bei dem Einsturz eines früheren Getreidespeichers an der Mainzer Landstraße...

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einladungen für diese Rubrik sind stets an das Bezirkssekretariat 1. Hof, 2 Temp. rechts, zu richten.

- 1. Kreis Wedding, Bildungsausschuss: Heute, Dienstag, 22. Februar, 7 1/2 Uhr, bei Schola, Kollwitzstr. 12...

Funkwinkel.

Sonntag versuchte Dr. Otto Eberling, der Präsident des Schutzartells deutscher Geistesarbeiter, wieder einmal die Öffentlichkeit für die Not der geistigen Arbeiter zu interessieren.

Auch am Montag widmete sich Kerr einem jungen Dichter — der fast so populär wie Judmeyer seit seinem „Fröhlichen Weinberg“...

Die malerische Abendveranstaltung, die Konzertmeister Henry Holtz mit wunderbarer ausgleichendem Violinist, den Pianisten Joseph Weiß und den Bariton Wilhelm Gutmann vor das Mikrophon brachte...

Heute, Dienstag, 22. Februar:

- 16. Abt. 7 1/2 Uhr bei Richter, Duffenstr. 34, Abteilungsversammlung. Vortrag: „Die politische Lage.“ Referent Hans Juchacz...

Mitgliederversammlungen und Jahlabende am Mittwoch:

- 1. Abt. 7 1/2 Uhr bei Richter, Engelstr. 23, und Schulz, Eichenstr. 29, Jahlabende. Vortrag: „Die Arbeiterbewegung in England.“ Referent Wilhelm Korte...

Frauenveranstaltungen am Mittwoch, 23. Februar:

- 94. 794. Frauenk. 7 1/2 Uhr bei Günther, Schönerbergstr. 11, Vortrag: „Die soziale Lage der Arbeiter.“ Referent Stadtratsmitglied Adolf Hoffmann...

Jungsozialisten. Heute, Dienstag, 22. Februar:

- Gruppe Lichtberg: 7 1/2 Uhr im Jugendheim Parkweg 713 Vortrag: „Sozialismus.“ Gruppe Wilmersdorf: 8 Uhr im Jugendheim Parkweg 713...

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde.

Kreis Schöneberg-Preussagen: Heute, Dienstag, 22. Februar, im Jugendheim Parkweg 13, Vortrag: „Die Arbeiterbewegung in England.“ Referent Stadtratsmitglied Adolf Hoffmann...

Letterbericht der öffentlichen Wetterkammer für Berlin und Umgebung (Nachdr. verb.). Bei zunehmender Bewölkung Jaroslaw anfangende Temperatur. Etwa um 10 Uhr Schnee. — Im Deutschland: Am Morgen meist trocken und Temperatur über Null. Im übrigen Deutschland Fortbestand der herrschenden Witterung.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin.

Wichtig: Verteilungsleiter, Referat... Die Sekretariate zur Generalversammlung...

Wichtig: Wanderversammlung... Am Mittwoch, 23. Februar, 7 1/2 Uhr...

Heute, Dienstag, abends 7 1/2 Uhr: Weibing-Koch...

Wichtig: Wanderversammlung... Am Mittwoch, 23. Februar, 7 1/2 Uhr...

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“... Geschäftsstelle: Berlin S 14, Seckelstr. 7/8...

Dringende der Deutschen Friedensgesellschaft... Donnerstag, 24. Februar, 8 Uhr...

Wichtig: Wanderversammlung... Am Mittwoch, 23. Februar, 7 1/2 Uhr...

Wichtig: Wanderversammlung... Am Mittwoch, 23. Februar, 7 1/2 Uhr...

Wichtig: Wanderversammlung... Am Mittwoch, 23. Februar, 7 1/2 Uhr...

Geschäftliche Mitteilungen.

Reisebüro... Das Ministerium für Kolonialpolitik...

Gewinn-Lotterie

5. Klasse 28. Preussisch-Süddeutsche (254. Preuss.) Klassenlotterie

10. Ziehungstag 19. Februar 1927, nachmittags

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen...

Ohne Gewähr Nachdruck verboten

Es wurden Gewinne über 150 Mark gezogen

Table with 2 columns: Gewinnsumme and Gewinnummer. Includes numbers like 2 Gewinn zu je 10000 RM.

11. Ziehungstag 21. Februar 1927, vormittags

Es wurden Gewinne über 150 Mark gezogen

Table with 2 columns: Gewinnsumme and Gewinnummer. Includes numbers like 8 Gewinn zu je 3000 RM.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Wichtig! Eisenmöbelarbeiter! Mittwoch, den 23. Februar...

Versammlung... in der Eisenmöbelindustrie...

Wichtig! Zigarettenmaschinenführer...

Donnerstag, 24. Februar, abends 8 Uhr...

Wichtig! Drahtarbeiter... Donnerstag, 24. Februar...

Donnerstag, 24. Februar, abends 7 Uhr...

Donnerstag, 24. Februar, nachmittags 5 Uhr...

Donnerstag, 24. Febr., abends 7 Uhr...

Large advertisement for Palmrin margarine. Features a box of Palmrin and the text 'Vorsicht! Palmrin nur echt in Paketen mit der Aufschrift "Palmrin" und dem Namenszug Dr. Schlinck'.

Alleinige Hersteller: H. Schlinck & Co. A.G. Hamburg

KLEINE ANZEIGEN

Jedes Wort 12 Pf. ... Kleine Anzeigen section with various notices.

Verkäufe

Verkäufe section listing various items for sale.

Reklamschlüsse, Wäsche usw.

Reklamschlüsse, Wäsche usw. section with advertisements.

Schützt eure Bücher

Schützt eure Bücher section with book-related ads.

Blumenspenden

Blumenspenden section with floral advertisements.

Möbel

Möbel section with furniture advertisements.

Musikinstrumente

Musikinstrumente section with musical instrument ads.

Fahrräder

Fahrräder section with bicycle advertisements.

Kaufgesuche

Kaufgesuche section with 'wanted' notices.

Unterricht

Unterricht section with educational notices.

Verschiedenes

Verschiedenes section with miscellaneous advertisements.

Geldverkehr

Geldverkehr section with financial notices.

Arbeitsmarkt

Arbeitsmarkt section with job advertisements.

Stellenangebote

Stellenangebote section with job offers.

Rotationstiefdruck-

Rotationstiefdruck- section with printing ads.

Maschinenmeister

Maschinenmeister section with mechanical ads.

Tiefdruck - Schleifer

Tiefdruck - Schleifer section with printing ads.

Vom europäischen Stahlkartell. Quotenkämpfe und Reformpläne.

Als das europäische Stahlkartell nach langen Geburtswehen glücklich gegründet wurde, schien damit eine Periode heftigster Konkurrenz...

Die Bilanz des ersten Vierteljahres.

Für den Umfang des Paktes war ein Erfolg zu verzeichnen; die osteuropäischen Länder Österreich, Ungarn und die Tschechoslowakei...

Deutsche Strafgeleider — französische Entschädigungen.

Die deutsche Produktion war im letzten Vierteljahr 1926 außerordentlich hoch. Die Firma Krupp verzeichnete eine noch nicht erreichte Ausnutzung ihrer Anlagen...

Table with 4 columns: Produktion, Vierteljahresanteil, Mehr (+) oder Minder (-) Produktion, and a sub-column for 4. Viertelj. 1926. Rows include Deutschland, Frankreich, Belgien, Luxemburg, Saargebiet.

Für diese Mehrproduktion mußte von den mehrerzeugenden Mitgliedern nach § 6 des Vertrages in die Ausgleichskasse Strafe...

gezahlt werden, und zwar je Tonne Mehrerzeugung 4 Dollar. Die übrigen Länder haben Anspruch auf eine Entschädigung von 2 Dollar je Tonne Minderezeugung.

Table showing Entschädigungserlöse for Deutschland, Belgien, Saargebiet, Frankreich, and Luxemburg.

Die deutsche Schwerindustrie hat also gewaltige Opfer für ihre Mehrerzeugung bringen müssen. Pro Tonne Erzeugung macht dies eine Belastung von 1,68 M. aus.

Quotenerhöhung oder Verkaufshindernisse.

Vom Standpunkt der deutschen Eisenindustrie ist es also verständlich, wenn heute der Versuch unternommen wird, die Anteile gegen die zu erhöhen.

Einen großen Teil der aufgetretenen Schwierigkeiten möchte man in der Zukunft nun durch den Ausbau des Kartells vermeiden. Das europäische Stahlkartell soll reformiert werden!

Wenn darüber muß man sich klar sein: gelingt es, den eisernen Ring international zu schließen, wie man es beabsichtigt, dann wächst automatisch die monopolistische Macht der Eisenindustrie.

Steigende Passivität der Handelsbilanz.

Der Einfuhrüberschuß auf 295 Millionen gestiegen.

Im Monat Januar hat sich die seit November zu verzeichnende Tendenz zur „Verschlechterung“ der deutschen Handelsbilanz verstärkt.

Table with 4 columns: Einfuhr, Ausfuhr, and sub-columns for Jan. 27 and Dez. 26. Rows include Lebende Tiere, Lebensmittel, Rohstoffe, Fertige Waren, Reiner Warenverkehr, Gold und Silber, and Gesamtsumme.

Faßt man die Entwicklung der letzten drei Jahre ins Auge, so handelt es sich, sowohl bei der Einfuhrsteigerung als bei dem Ausfuhrrückgang, immer nur um relativ kleine Veränderungen.

sind an der Einfuhrsteigerung weniger Lebensmittel als Rohstoffe und Fertigwaren beteiligt; eine Tatsache, die mit der in diesen Monaten festgestellten Belebung in der Industrie übereinstimmt.

Im einzelnen zeigt die Handelsbilanz vom Monat Januar, daß die chemische und die Stahl- und Walzproduktionsindustrie ihre Ausfuhr nicht unerheblich steigern konnten.

Der deutsche Landkreis zur Gasfernverföhrung. In einer Sitzung des Sonderausschusses der deutschen Landkreise für Elektrizitäts- und Gasverföhrungsfragen wurde gegenüber den Projekten für die Ferngasverföhrung der Standpunkt dahin festgelegt, daß die Landkreise die Interessen der Verbraucher zu vertreten haben.

Subventionswünsche der Filmindustrie.

Die Ufa an den Scherl-Verlag?

Die ungünstige Lage der Ufa und die nicht viel bessere der gesamten Filmindustrie hat in den letzten Wochen immer stärker das Interesse der Öffentlichkeit dieser Industrie zugeführt.

Daneben entspreche es nicht den Tatsachen, daß die deutsche Filmindustrie sich bei der Reichsregierung um eine Subvention bemühe. Auch hätten die Besuche von Reichsrats- und Reichstagsmitgliedern in Neubabelsberg nicht der Vorbereitung einer solchen Subvention gedient.

Ein weiterer Wunsch der Filmindustrie sei auf „positive Exportförderung“ durch den Staat gerichtet. In Deutschland könnten hochwertige Filme nur in den seltensten Fällen im Inlande allein amonifiziert werden.

Wie dem aber auch sei. Nach der ganzen Finanzlage dieser Industrie verlangt sie praktisch entweder Produktionszuschüsse oder die Befreiung von Zöllen in irgendwelcher Form.

Der Großhandelsindex. Die auf den Stichtag des 16. Februar berechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamts betrug 135,5.

Weitere Verbilligung des Realkredits. Wie mitgeteilt wird, sollen die im Laufe des letzten Jahres schon mehrfach herabgesetzten Vergütungen für den Betrieb von Pfandbriefen, die die Banken für ihre Tätigkeit in Anspruch nehmen, weiter herabgesetzt werden.

Schiffahrtsgewinne. Nach der Hamburg-Südamerikanischen Dampfschiffahrtsgesellschaft gibt jetzt die Hamburg-Amerika-Linie (Hapag) ihre Dividende für das Jahr 1926 bekannt.

Vorstoß gegen die Reichsgroßpensionäre.

Die Sozialdemokratie für ein Pensionenkürzungsgesetz.

Der Reichstag setzte gestern die zweite Beratung des Reichsetats beim Haushalt für Versorgung und Ruhegehalt fort. Der Ausschuss legte eine Entschließung vor, wonach die Bestimmungen über die Ruhegehaltsbezüge nachgeprüft werden sollen. Insbesondere soll bei den Empfängern hoher Pensionen die Einführung einer Höchstpension angestrebt werden. Die sozialdemokratische Fraktion hat dazu eine Entschließung vorgelegt, wonach die Reichsregierung ersucht werden soll, in Erfüllung des Beschlusses des Reichstags vom 1. Juli 1926 noch vor der dritten Sitzung des Haushaltsplans für 1927 den Entwurf einer Novelle zum Reichsverordnungsgesetz vorzulegen und die für die Versorgung der Kriegsoption erforderlichen Mittel um mindestens 150 Millionen Mark zu vergrößern.

Abg. Rohmann (Soz.)

Stellt fest, daß entgegen der gegebenen Erwartungen die Zahl der Versorgungsberechtigten nicht gesunken, sondern im Gegenteil noch gestiegen sei. Wir werden auch in den nächsten Jahren nicht mit einem erheblichen Rückgang zu rechnen haben, denn mit zunehmendem Alter nimmt auch erfahrungsgemäß die Zahl der Versorgungsberechtigten zu. Die gesamten Aufwendungen für das alte Heer belaufen sich nach diesem Haushalt auf über 1 Milliarde. Gegenüber den Forderungen der Kriegsbeschädigten im vorigen Jahre ist gesagt worden, der Etat sei abgeschliffen, er könne durch die Einziehung neuer Summen auch im unerheblichen Umfang nicht verändert werden. Die Kriegsbeschädigten haben sich damit zunächst abgefunden und ihre Wünsche zurückgestellt, um den Etat nicht aus dem Gleichgewicht zu bringen. Welche Gefühle müssen die Kriegsbeschädigten befehlen, wenn sie jetzt Kenntnis davon nehmen, daß die Erfüllung ihrer vorjährigen Wünsche den Etat gar nicht aus dem Gleichgewicht gebracht hätten! Am 1. Juli v. J. hat der Reichstag eine Entschließung gefaßt, in der die Reichsregierung ersucht wird, bei der Aufstellung des neuen Etats und auch bei der Aufstellung von Nachtragsetats, oder vor der Verabschiedung entsprechender Gekehlwürde in jeder Weise dahin zu wirken, daß die notwendigen Mittel für eine bessere Versorgung der Kriegsoption bereitgestellt werden. Ueber diesen Beschluß des Reichstags hat sich die Regierung einfach hinweggesetzt.

Man darf sich nicht darüber wundern, daß angesichts dieser Tatsache die Stellung der Regierung gegenüber den beschiedenen Wünschen der Kriegsoption wie eine Provokation wirken muß.

Sogar hat die Regierung in ihrer Programmklärung gesagt, daß die Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen nach Möglichkeit berücksichtigt werden und daß die Bezüge der Versorgungsberechtigten sich automatisch der Gehaltssteigerung der Beamten und Offiziere anpassen sollen. Diese Zusicherung genügt der Sozialdemokratie in keiner Weise. Wir haben immer wieder daran erinnert, daß rund 700 000 Kriegsbeschädigte zwangsweise abgefunden worden sind, durch einen besonderen gesetzgeberischen Akt, und zwar solche Versorgungsberechtigte, die monatliche Bezüge zwischen 19 und 24 Mark hatten. Wenn es sich nicht um arme Arbeiter, Bauern und Bürger handelte, sondern um Angehörige der besitzenden Klassen, dann würde es die Mehrheit dieses Hauses niemals zugelassen haben, daß man ihnen ihre Bezüge nimmt. Es handelt sich hier vor allem um nicht weniger als 500 000 Kriegsbeschädigte, die im Jahre 1923 500 000 Papiermark erhalten haben, die vielfach nicht einmal ausbezahlt wurden, weil sie infolge der Inflation unerheblich geworden sind. Es beklagen sich darunter zahlreiche Kriegsbeschädigte mit erheblichen Verletzungen, die teils erhebliche Entschädigungen mehr erhalten. Der Redner verweist auf eine Reihe von Lichtbildern solcher Schwerverletzten, die er auf den Tisch des Hauses niedergelegt hat. Daneben kommen noch 409 000 sogenannte Leichtbeschädigte in Betracht, die mit einer Anzahl von 400 000 57 Prozent der Gesamtzahl ausmachen und die gleichfalls in geradezu unorganischer Weise vernachlässigt werden. Wie es diesen Leuten geht, das zeigt neben zahllosen ähnlichen Fällen der Fall eines Kriegsbeschädigten, der einen Wanderergewerbetreiben haben wollte und der nicht einmal die Kosten von 10 M. dafür aufbringen konnte. (Hört! hört! b. d. Soz.) Wir verlangen, daß solche Zustände ein für allemal ein Ende nehmen. Es darf keine öffentliche Behörde mehr geben, die einem Kriegsbeschädigten mit der Treuhandsregel im Lande umherziehen läßt. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Dieser häßliche Fleck der Versorgung muß unter allen Umständen beseitigt werden. Auch die Elternversorgung bedarf dringend einer Reform. Wir ist kürzlich

Der Brief einer Kriegsmutter

zugeschrieben, der in seiner Einfachheit geradezu erschütternd wirkt. Die Frau hatte 7 Kinder, ein Mädchen und 6 Söhne, die sämtlich im Kriege waren. Fünf Söhne sind nicht mehr heimgekehrt, der sechste ist kriegsbeschädigt, der Vater ist infolge seelischer und körperlicher Zerrüttung im Jahre 1921 gestorben. Für drei der gefallenen Söhne bekam die Mutter 52 M. Rente. Vor einem Jahre hat sie von dem Versorgungsamt ein Schreiben erhalten, daß die gesetzlichen Vorschriften zur Gewährung dieser Rente nicht mehr gegeben seien. Die Bedürftigkeit im Sinne des Gesetzes liege nicht mehr vor. (Hört! hört! b. d. Soz.) Welche Gefühle müssen im Herzen solcher Menschen erwachen, wenn sie aus der dem Reichstag zugegangenen Denkschrift über die Pensionen der Reichsanzwiler und Generale erfahren müssen, daß diesen Leuten bis zu 28 000 Mark Pension gezahlt wird. (Hört! hört!) Gewiß wird von den Beamten der Reichsbehörde ein solcher einzelner Fall nach Möglichkeit wieder gutgemacht. Aber es bleiben noch ungeheure Schäden übrig, die auch nachträglich nicht mehr beseitigt werden können. (Sehr richtig! b. d. Soz.)

Die Denkschrift der Reichsregierung.

Der Redner erörtert dann die Denkschrift über die Pensionen und Wartegelder für Reichsanzwiler, Generale usw., die dem Reichstag vor einiger Zeit zugegangen ist. Diese Denkschrift hat eine sehr lange politische Vorgeschichte. Nach der Staatsumwälzung ist von der rechten Seite in hemmungsloser Agitation behauptet worden, die deutsche Republik arbeite teuer und schlecht, Deutschland sei ein Land der Korruption geworden, man dränge sich an die Futterkrippe, um für sich allein die Taschen füllen zu können. Die Erinnerung an diese Agitation ist Ihnen (nach rechts) jetzt unangenehm, nachdem Sie sich an die Macht gedrängt haben und Graf Westarp hat ja kürzlich erst von sachlicher Kampfweise gesprochen. Der Redner gibt dann aber einige charakteristische Proben davon, in welcher unfaßlichen und verleumdenden Art gegen die Republik und ihre Träger gekämpft wird. Noch heute

kann man von der deutschnationalen Schriftenvertriebsstelle ein Flugblatt beziehen, in dem es heißt, das deutsche Volk habe doch nicht den Krieg geführt, damit das jüdische Kapital sich bereichern könne. Am Tische der Republik liegen es sich die Blutlauge des Volkes wohl sein. Was ergibt sich nun aus der Denkschrift?

Ueber die Futterkrippe schreiben gerade diejenigen, die von jeher an der Futterkrippe gefressen haben.

Unter den 104 Ministern und Staatssekretären befinden sich nicht mehr als ganze drei Sozialdemokraten, die zusammen 35 000 M. Pension beziehen. Dagegen sind unter ihnen aber 59 Minister aus der nachrevolutionären Zeit, von denen nicht sicher ist, daß sie auch Republikaner sind. Es ließe sich ohne Mühe feststellen, daß sich unter ihnen mindestens 40 befinden, die auf dem Boden der Monarchie stehen. (Hört! hört! b. d. Soz.)

Die monarchistischen Großpensionäre.

Aber der wichtigste Teil der Denkschrift ist der, der sich auf die verabschiedeten Generale bezieht. Wir finden hier ein ganzes Heer von monarchistischen Großpensionären, darunter 1125 Generale, 120 Admirale, 74 Obersten im Range eines Brigadeführers. Sie beziehen Pensionen zwischen 11 000 und 16 000 M. im Jahre. (Hört! hört!) Nimmt man hierzu die Offiziere der unteren Chargen, die in dieser Denkschrift nicht aufgeführt sind, so ergibt es sich, daß ein Offizier der alten Armee im Durchschnitt von der Republik 4370 M. Pension bezieht. Es ist keine Rede davon, daß die Sozialdemokratie eine Hege gegen Offiziere und Beamte treibt, wir protestieren aber gegen jede Bevorzugung.

Keine Monarchie der Welt hat nach einem Zusammenbruch, wie Deutschland ihn erlebt hat, ihre Offiziere so entgegenkommend und anständig behandelt, wie es die deutsche Republik tut.

Nach dem Zusammenbruch des Jahres 1806 sind alle Offiziere und Beamten von Freiherrn v. Steln und Friedrich Wilhelm III. entlassen worden, die über den Etat standen. Pension hat nur derjenige erhalten, der nachweisen konnte, daß er für die Erhaltung seiner Existenz brauche. Wie war es dagegen bei uns? Nach dem Zusammenbruch hatte Anspruch auf Pension nur derjenige, der eine Dienstbeschädigung erlitten hatte. In ihrer Großmütigkeit hat aber die Nationalversammlung die Kriegsteilnehmer gleichgestellt mit den Kriegsbeschädigten und den Offizieren der alten Armee das Recht auf Pension gewährt. Und das ist zu einer Zeit geschehen, wo Millionen nicht wußten, wo sie ein Stück Brot hernehmen sollten, um ihren Hunger zu stillen.

Der Dank der Monarchisten.

Dafür ist auch Erzberger, der sich für diese Regelung eingesetzt hatte, von früheren Offizieren ermordet worden. Dafür bezieht auch ein General von der Republik 17 000 M. Pension, der sich mit den Händen in den Taschen vor einen Ausschuß des Reichstags hinstellt. 17 000 M. bezieht auch der Hochverräter Lüttwig, und dieser hat sich noch dazu durch ein Urteil 28 000 M. nachzahlen lassen. (Hört! hört!)

Aus zuverlässiger Quelle habe ich jetzt gehört, daß auch die Herren Bischoff, Bauer und Eckardt Forderungen auf Nachzahlungen stellen wollen und bei der gegenwärtigen Zusammenlegung der Regierung ist zu befürchten, daß sie damit vom Glück begünstigt sind. (Hört! hört!)

Wir erwarten, daß der angeklagte Gesetzentwurf über die Regelung der Ministerpensionen dem Reichstag bald zugeht. Darüber hinaus muß die Frage der Pensionenkürzung allgemein aufgerollt werden und wenn die Regierung nicht von selbst dazu kommt, wird meine Fraktion die Initiative ergreifen und einen solchen Gesetzentwurf vorlegen. Wir begrüßen es, daß auch das Zentrum unseren Standpunkt teilt, daß eine Höchstgrenze für den Pensionsbezug gefunden werden muß und daß Kürzungen dort eintreten müssen, wo neben der Pension noch erhebliche Einkünfte vorhanden sind.

Keine Pension den Putschfreunden!

Wir verlangen weiter gesetzliche Bestimmungen, daß jedem, der an geheimen Umsturzbestrebungen gegen die Republik teilnimmt, die Pension gestrichen wird. Wenn man sieht, wie die hohen Pensionsempfänger bevorzugt werden, so ist es geradezu eine Schamlosigkeit, wenn ein Blatt des Putschbürgerblatts, die „Tägliche Rundschau“, die Erwerbslosen beschimpft, indem sie die Unterstützung der Erwerbslosen als eine Prämie auf die Faulheit bezeichnet. (Stürmisches Hört! hört! b. d. Soz.) In der Agitation der Rechten ist gelagt worden, die Republik habe die Treue, Ehrlichkeit und Lauterkeit im öffentlichen Leben beseitigt. Wir werden der Regierung Gelegenheit geben, die Treue, Ehrlichkeit und Lauterkeit im öffentlichen Leben wieder herzustellen, indem wir dafür sorgen, daß die Unmoralität bei Beziehen von Pensionen bis zu Beträgen von 28 000 M. beseitigt wird. Wir werden dann sehen, ob Sie (nach rechts) den Mut haben, diese Ehrlichkeit und Sauberkeit durch entsprechende Gestaltung des Pensionsgesetzes wiederherzustellen. (Lebhafte Beifall b. d. Soz.)

Die Deutschnationalen für Futterkrippenpolitik.

Abg. Caverenz (Dnat.) behauptet, daß sich Deutschland im Vergleich mit anderen Ländern, vor allem mit Frankreich, in der Versorgung der Kriegsbeschädigten nicht zu schämen brauchte. Den von der Sozialdemokratie angeklagten Versuchen zur Kürzung der hohen Pensionen würden sich die Deutschnationalen mit aller Energie widersetzen, weil die wohlverordneten Rechte der Beamten gewahrt werden müßten. Die Deutschnationalen lehnten auch die Entschließung des Ausschusses ab, in der eine Pensionenkürzung bei den Empfängern hoher Pensionen angeregt wird. Ob ein Pensionsempfänger der Republik freundlich-oder nicht gegenübersteht, sei gleichgültig, denn die Republik sei nur eine Staatsform, nicht der Staat selbst. (I)

Abg. Brüningshaus (D. Vp.) lehnt ebenfalls jede Art von Pensionenkürzung ab. Wenn es auch aufreizend wirken könne, daß in der Zeit der allgemeinen Not des Vaterlandes einige Offiziere sehr hohe Pensionen beziehen, so würde doch ein Pensionenkürzungsgesetz keine wesentlichen finanziellen Wirkungen haben. Ein solches Gesetz würde auch gar nicht die verfassungsmäßige Zweidrittelmehrheit erhalten. Der Redner wendet sich dann gegen den Abg. Rohmann und erklärt, es sei nicht ein einziger Vorkriegshauptmann General geworden. (Abg. Kubni (Soz.): Sie

sind ja selber in der Republik Admiral geworden.) Ja, und Sie Herr Kubni, Großherzog.

Zentrum für Pensionsbeschränkung.

Abg. Gerig (Z.) tritt für Aufbesserungen in der Versorgung der Kriegsbeschädigten ein. Bei der dritten Sitzung könnten noch entsprechende Beschlüsse gefaßt werden. Solange noch große Härten für die allerbedürftigsten Kriegsbeschädigten bestehen, könne man nicht Trampeln und Bergeläuten gewähren. Wenn ein vollkommen erwerbsfähiger Kriegsbeschädigter eine Monatsrente von nur 55 M. bezieht, dann können es solche Leute nicht verstehen, daß gefundene Offiziere mit gut bezahlten Stellungen in der Industrie daneben noch sehr hohe Pensionen erhalten. Es muß also eine Höchstpension festgelegt und die Erfassung der Nebenbezüge bei den Empfängern hoher Pensionen angestrebt werden. Um die Gerichtsentscheidung im Falle Lüttwig richtig beurteilen zu können, richtet der Redner an die Regierung folgende Fragen:

1. Wann ist General von Lüttwig verabschiedet worden, vor oder nach dem Zusammenbruch des Kapp-Putsches?
2. In welcher Form ist er verabschiedet worden?
3. Hat ihm diese Form den Anspruch auf eine Pension gesichert oder nicht?

Abg. Reddermeyer (Komm.) begründet einen Antrag der kommunistischen Fraktion, wonach die Pensionen für 104 Reichsminister und Staatssekretäre sowie 1753 Generale gestrichen werden sollen.

Abg. Ziegler (Dem.) fordert ein resondantes Gesetz, durch das dem unerträglichen Rechtszustand ein Ende gemacht werden soll, wonach General v. Lüttwig durch ein Gerichtsurteil einen Gehaltsanspruch für die Zeit zugesprochen wurde, in der er sich durch die Flucht der Strafverfolgung wegen Hochverrats gegen das Reich entzogen hatte. Den von Abg. Rohmann vorgebrachten Beschwerden über die unzulängliche Versorgung der Kriegsbeschädigten schließt sich der Redner an.

Abg. Lude (Wirtsh. Vg.): Den Bräutlingen, die sich durch ein Leben voll harter Arbeit eine gewisse Altersrente erpart hatten, sei diese durch die Inflation vernichtet worden. Darum sei es verständlich, wenn eine gewisse Kürzung der besonders hohen Pensionen verlangt wird. Die demokratische Kritik an dem Gerichtsurteil im Falle Lüttwig sei deshalb abwegig, weil der damalige demokratische Justizminister Dr. Schiffer nach dem Kapp-Putsch die Pension vorprochen hätte. Die Unterbringung der aus der Reichswehr ausscheidenden Zivilistenberechtigten müsse verbessert werden.

Regierungserklärung zum Fall Lüttwig.

Ministerialrat Kerschenecker beantwortet die Fragen des Abg. Gerig dahin: Der Kapp-Putsch war am 13. März 1920. Der General v. Lüttwig wurde verabschiedet durch folgende vom 17. März 1920 datierte Verfügung:

General v. Lüttwig wird von seiner Stelle entlassen und scheidet unter Vorbehalt der Regelung seiner Pensionsansprüche aus dem Heere aus. Berlin, den 17. März 1920.

Der Reichsanzwiler.

A. B. Schiffer, Reichsjustizminister.

(Hört, hört! rechts.) Die zweite Verfügung erging am 29. März 1920 und war unterzeichnet von dem damaligen Reichspräsidenten Ebert und dem Reichsanzwiler Müller. In dieser zweiten Verfügung wird die Entschädigung des Ministers Schiffer bestätigt mit dem Zusatz: General v. Lüttwig scheidet unter Vorbehalt der Regelung der Pensionsansprüche aus dem Heere aus. Diese Formel wird immer angewandt, wenn ein Offizier plötzlich ausscheiden muß, aber seine Pensionsansprüche behält, beispielsweise bei den auf Verlangen der Rente verabschiedeten Befehlshabern im besetzten Gebiet. (Hört, hört! rechts und bei den Komm.)

Abg. Tiedt (linker Komm.) erinnert daran, welche Besprechungen den Soldaten gemacht wurden, als sie in den Krieg hinauszogen. Jetzt sei das alles vergessen, mit Ausnahme der hohen Offiziere beziehen die Kriegsbeschädigten entweder ganz unzureichende oder überhaupt keine Renten. Diese Tatsache müßte klassenaufreißend wirken. Dasselbe Recht, das den Kapp-Verurteilten gewährt wurde, müsse auch den Arbeitern zuteil werden, die wegen Hochverrats verurteilt worden sind.

Das Haus vertagt darauf die weitere Beratung auf Dienstag. Es folgen einige persönliche Bemerkungen.

Abg. Müller-Franken (Soz.):

Der Herr Ministerialrat Kerschenecker hat in seinen Ausführungen Bezug genommen auf eine Verordnung über die Verabschiedung des Generals v. Lüttwig, die von dem Reichspräsidenten Ebert unterzeichnet und von mir gegengezeichnet worden sei. Persönlich habe ich dazu zu bemerken, daß dem folgenden vorausgegangen ist: Der damalige stellvertretende Reichsanzwiler Schiffer hat am 17. März 1920 mit Lüttwig Verhandlungen geführt und ein Abkommen getroffen. Lüttwig hat sich bereit erklärt zurückzutreten, damit der innere Frieden wieder hergestellt werde. Daraufhin ist Lüttwig der Abschied bewilligt worden. Diese Abmachungen sind uns dann am 21. März vom Reichswehrministerium vorgelegt worden. Der Reichspräsident hat diese Sache erst zurückgegeben, da eine solche Verabschiedung nicht erfolgen könne. Am 26. März sind mir dann die Abmachungen amtlich vorgelegt worden, mir blieb nichts anderes übrig, als die bereits vorher ergangene Abschiedsverfügung gegenzuzeichnen. Damals hatte aber die Reichsregierung nicht die Rechtsauffassung vertreten, die heute vertreten wird. Denn als einige Jahre später ein Abgeordneter der damaligen Unabhängigen Partei anfragte, wie es mit den Pensionsansprüchen von Lüttwig liege, ist ihm von einem Regierungsvertreter gesagt worden, damit kein Unfug mit den Akten Lüttwig getrieben werde, befänden sie sich hinter Schloß und Riegel. Das ist wohl nicht zu dem Zweck geschehen, damit Lüttwig seine Pension beziehen solle.

Abg. Hoch (Soz.) stellt fest, daß der Abg. Reddermeyer eine falsche Behauptung über einen Vorgang im Hauptausschuß vorgebracht hat.

Abg. Rohmann (Soz.) wendet sich gegen eine falsche Behauptung des Abg. Brüningshaus. Er habe im vorigen Jahre nicht gesagt, daß viele Hauptleute durch den Krieg zu Generalen geworden seien, sondern er habe lediglich festgestellt, daß viele Hauptleute, die sonst an der Majoratsstelle geblieben wären, im Kriege zu höheren Chargen aufgerückt seien, als das im Frieden möglich gewesen wäre.

Um 7¼ Uhr vertagt sich das Haus auf Dienstag nachmittags 3 Uhr mit der Tagesordnung: Fortsetzung der zweiten Beratung des Reichshaushalts.



MAGGI Fleischbrühwürfel

sind mit bestem Fleischextrakt und feinen Gemüseauszügen auf das sorgfältigste hergestellt. Man achte beim Einkauf auf den Namen MAGGI und die gelb-rote Packung.

Vorm Fang.

Von Hans Blind.

Die beiden Heringsboote liegen seit Tagen dicht nebeneinander und warten, daß der Fisch in die Bucht drängt. Von mehreren Plätzen sind Fänge gemeldet, die Zeitung hat davon vollgestanden. Jetzt lauern die Offiziere die halbe Küste herab auf den Spratzen- und Heringsegen.

Holtorps beide Boote haben den Tag über in Nebel und Regen Schollen gefurt; es ist nicht viel geworden, ist ja auch nicht ihre Sache, auf Schollen zu gehen. Die Männer lauern auf Sprout und Heringe. Zu Viert sind sie an Bord. Der Junge und der Bestmann Schwende sind feste Leute. Die anderen sind vom Hofen, sie verdingen sich auf Tage zum Hering, — allerhand Schaden, wenn der Hering ausbleibt.

Der Junge macht sich an den Lauen zu schaffen. Es ist eine löse Stimmung an Bord, er freut sich, daß er zu tun hat. Die beiden Neuen haben in der Bangeweile zuviel mit dem langen Schwende geredet. Der Bestmann hatte eine alte Sache mit dem Fischer, die seit vielen Jahren begraben war, jetzt haben sie es wieder aufgewühlt.

„Bist immer noch so'n Alleinläufer, Schwende? Denkst wohl noch an Holtorps Deern, was?“

„Holt's Maul!“

„Die hätte wohl gewollt, sag' ich, aber Holtorp hatte zuviel mit ihr, der ließ sie nicht los!“

Sie lachen beide. „Na, eines Tages ist sie ihm ja leid geworden, da hättest du aufpassen müssen!“

Der Bange blinnte sich heimtückisch um. „Ich nehm' nichts aus anderer Leute Hand!“

„Hättest man tun sollen, nun ist sie doch unterm Karren.“

„Alles Buge!“

„Hat Holtorp dir wohl gesagt?“

„Ja, hat er mir gesagt,“ antwortet der Bestmann ehrlich.

Da grinsen die beiden, daß es zum Erbarmen ist, immer breiter und breiter. Selbst als Holtorp vom anderen Boot herüberkommt, modern und lachen sie noch herausfordernd. Der Fischer ärgert sich, er hat nichts vom Hering gehört und ist schlechter Stimmung. Er fragt den Bestmann im Vorbeigehen, ob's denn nichts zu tun gäbe. Aber der antwortet nicht, nur der Junge sieht, er hat drei rote Striemen über der Stirn.

„Ich möchte wissen, wer hier noch zu grinsen hat,“ sagt der Bestmann endlich drohend, — vielleicht nur, um seine eigenen Worte zu hören. Die beiden können es aber nicht lassen. Der Schiffer ist unter Bord gegangen, und vor dem Jungen fürchten sie sich nicht.

„Wenn du nicht willst, Jan Schwende, wir brauchen dir ja nichts zu erzählen.“

„Aber ich weiß, was die Deern mir mal gesagt hat,“ sagte der Hager, der ein früherer Schneider ist. Man weiß, daß er Holtorp gegenüber wohnte.

„Was ich noch die Wirtschaft hatte,“ sagte der Dicke, der dem Fischer gern eins einbrocken möchte, „als ich noch den Krug hatte, war Holtorp mal bei uns und die Deern dazu. Sie hatten einen Überkommen.“

Der Bestmann hatte ein Kurrholz in der Hand, seine Augen sind heiß unterlaufen. „Buge,“ ruort er. Er wirft das Holz dem Jungen zu, und der Junge, dem sie keine Ohren zutrauen, nimmt es und wickelt schweigend das freie Lou darum. Damit kann nur feiner mehr Schaden tun. Da ruft der Fischer aus der Luke. Er wird über Nacht vor der Förde lauern, aber er hat jemand nötig, der die böse Laune mit ihm teilt. Der Junge soll heißes Wasser zum Grog kochen, schreit er, und wer einen Stat mit ihm ver suchen wolle.

Die beiden, die eben noch den Mund am weitesten offen hatten, sind am ehesten bereit. Der Fischer aber will Schwende dabei haben. Er prüft noch einmal feufzend die See, aber kein Heringsruf bringt herüber. Er untersucht die Laterne und sagt, der Hager soll auf Wache bleiben, und der medert und knüpft sich den Rock dicht.

„Verdammt, was ist los mit euch,“ fragt der Fischer, dem das Lachen sonderbar vorkommt.

Der Dicke zieht den Mund breit, um zu antworten. Da rennt ihm der Junge mit dem heißen Kessel an, und es wird nichts als eine lange Barmwünschung.

Der Junge kriegt überhaupt viel zu tun. Die drei unter Deck haben ihre nassen Trantüde abgeworfen, aller Nebel von oben scheint davon auszubringen. Die Lampe quomlt über das Kartenbrett, das die Männer zwischen den Knien haben, die Pfeifen kohlend, und die Karten platteln dazwischen. Der Bestmann sitzt dem Schiffer gegenüber, seine Lippen sind rissig, sein mächtiges Gebiß ist wie das eines Raubtieres. Er verliert ununterbrochen. Mitunter wirft er einen schrägen Blick von unten auf Holtorp, unheimlich anzusehen. „Alles Buge,“ jagt er unermüdet, als der Fischer ihm ein Wort zuruft. Der Junge gießt gerade den Rum ein, er steht so zwischen den beiden, daß der Fischer vergißt zurückzutreten. Er schließt es auch wohl auf das vermüschte Barten, er ist selbst halb krank von der Spannung, und wenn der Hering nicht bald kommt, woher soll er Zinsen und Leute bezahlen?

Der Junge bringt ein heißes Glas zum Wachtmann. Der Rebel ist förmig wie Reis und rinnt unablässig am Boot vorbei. Vom Schwesterschiff leuchtet das grüne Licht von Steuerbord und das gelbe vom Top. Kaum hörbar schülpt die See an Bord entlang. Ledlos scheint sie heute und birt doch fern unter dem grauen Felz Reichum ohne Ende. Argendwo steht der goldene Fisch, Irgendmann kommt der Augenblick, wo dies blinde Flach vom silbernen Hering wimmeln wird, der vom Eis herüberkommt und einmal im Jahr die seltsamen Fäden sucht.

Fern ein Möwenschrei, der Junge zuckt zusammen und horcht, aber die Möwen schreien schon den langen Tag, Hunger schreien sie.

Ein Ruf von unten. Er tritt ängstlich rückwärts, um zu horchen. Es bedrängt ihn sehr, was er gehört hat. Er höst die beiden Fremden, die dem Fischer um den Bart gehen und mit Jan Schwende reden, daß ihm das Blut in den Augen sieht. Voll Angst ist der Tag.

Wieder der Ruf. Der Junge hat das Wasser noch nicht heiß. Schütz das kleine Feuer und klettert dann zu den Männern, um Befehd zu geben. Aber die haben ihn gar nicht gerufen. Sie schweigen, ehe er eintritt. Die Karten sind zur Seite geflogen, Jan Schwendes Hände liegen auf dem Kartenbrett.

„Wenn das wahr ist,“ ruort der Bestmann. Er kann den Streit nicht mehr einhalten, der Schaum steht ihm vor den Zähnen.

Der Fischer hat sich zurückgelehnt, er will gleichgültig tun, aber seine Hand liegt so um das Kartenbrett, daß er sich wehren kann.

Der Dicke steht im Dunkeln, das sieht der Junge. Vielleicht hat er jetzt Angst, daß er zuviel gesagt hat?

Jan Schwendes geballte Hände trommeln und beben vor Erregung. „Wenn das wahr ist, Holtorp —“

„Hat der Schneider gesagt,“ wirft der Dicke ängstlich dazwischen. „Was lauerst hier?“ brüllt der Fischer den Jungen an. Er hat seine Sinne zusammen, aber niemand weiß, wie der Streit schließlich ablaufen wird.

Der Junge stolpert auch schon zurück. „Ob ich beten muß,“ denkt er. Ihm sind die beiden Männer wie Vater und Bruder, Jahre fährt er schon mit ihnen. „Ob ich beten muß?“ denkt er außer sich und zieht die zitternden Knie durch die Rapp.

Ein schriller Raubschrei im Nebel. Käräh — Käräh! Ist das die Möwe noch? Käräh — röh! Das Blut fährt ihm im Halse hoch, viele Schreie sind da. Käräh, röh, härr! Da schlägt ein Schwarm Möwen ein.

Zur Lage in China.



England ist bereit, mit der Kanton-Regierung zu verhandeln.

„Sprouten,“ denkt er jäh. Noch einmal blutschlaglang horcht er. Wie ein wilder Heerzug kommt es näher. Zwischen Himmel und See ist es eingefallen, freischend, unerfüllt, raubwild und flügelbrausend.

„Hering!“ schreit der Junge nach unten. Man hat ihn wohl nicht gehört, er stolpert unter Deck. Die Männer sind aufgesprungen, stehen sich mit gebuckter Stirn gegenüber.

„Der Hering!“ schreit er. Sie fahren zusammen und sehen sich sonderbar an.

„Heringe!“ stammelt einer.

„Der Hering,“ grüß der Dicke, in dem der Beutebust erwacht.

„Der Hering ist da,“ schreit der Junge noch einmal.

Da wachen Fischer und Bestmann wie aus einem bösen Schlaf auf. „Der Hering!“ Sie stoßen aneinander, das Kartenbrett stolpert zur Erde. „Der Hering?“ fragt einer.

„Die Möwen sind am Hering!“ brüllt der Junge, er heult wohl vor Aufregung.

Die neuesten Erfolge der Vitaminforschung

Von R. A. von Lützendorff.

Die Nachricht, daß es dem Göttinger Chemieprofessor Windaus geglückt ist, ein Vitamin als Heilpräparat darzustellen, dürfte, falls sich die Entdeckung des Gelehrten in ihrem ganzen Umfang bestätigt, jeden Zweifel an der Existenz der Vitamine beheben. Seit längerer Zeit wird ja die Streitfrage erörtert, ob es überhaupt Vitamine gebe, und die Zweifel waren insofern begründet, als man zwar schon seit Jahren die Beobachtung machte, daß Mangel und Zufuhr bestimmter Nahrungsmittel Krankheiten hervorruft und heilen konnten, ohne daß es jedoch gelungen wäre, die heilende Substanz jenen Nahrungsmitteln zu entnehmen und für sich darzustellen. Die Entdeckung des Prof. Windaus schafft nun Klarheit über die Natur des sogenannten antirachitischen Vitamins.

Schon seit längerer Zeit ist den Chemikern ein Pflanzenstoff bekannt, das Ergosterin, das man in der Hefe gefunden hat, und das die chemische Untersuchung der Klasse der Phytoferine zuteilt. Nun konnte man aber auch einen ähnlichen Stoff, das Cholesterin; mit diesem wurden durch Bestrahlung mit ultraviolettem Licht Versuche angestellt, die darauf schließen ließen, daß entweder aus dem bestrahlten Cholesterin oder aus dem Cholesterin nachstehenden pflanzlichen Sterinen im tierischen und im pflanzlichen Gewebe antirachitische Vitamine entstehen kann. Prof. Windaus hat nun den Beweis erbracht, daß es sich tatsächlich so verhält, daß es sich jedoch hierbei nicht um das Cholesterin, sondern um das in der Hefe enthaltene Ergosterin handelt. Mit dem bestrahlten Cholesterin waren nur deshalb Hefezellen erzielt worden, weil im rohen Cholesterin ebenfalls Ergosterin enthalten ist. Wird dagegen das Ergosterin unter Luftabschluss mit ultraviolettem Licht bestrahlt, so wird es alsbald in einen Körper überführt, den man in der Tat als reines Vitamin betrachten kann; seine Heilwirkung ist so intensiv, daß schon ein millionstel Gramm bestrahltes Ergosterin genügt, um eine an Ratten künstlich hervorgerufene Rachitis (Englische Krankheit) binnen kurzer Zeit völlig zu beheben.

Der Wert der neuen Entdeckung liegt, nachdem man den Heilerfolg einer so winzigen Dosis feststellen können, also vor allem darin, daß nun überhaupt die Möglichkeit gegeben ist, das antirachitische Heilmittel in genau bestimmten Mengen zu verabreichen. Bisher war man ja darauf angewiesen, den Kranken das antirachitische Vitamin in Gestalt von gewissen Nahrungsmitteln zuzuführen, deren Gehalt an Vitamin jedoch sehr verschieden war. Ganz besonders hervorzuheben ist aber noch die Tatsache, daß man von nun an auch den Weibertran als antirachitisches Heilmittel in ganz genau begrenzten Dosen verabreichen kann, da die Berechnung ergab, daß ein Milligramm Vitamin in seiner Wirksamkeit etwa 20 Gramm Weibertran entspricht. Für medizinische Zwecke wird, ermöglicht durch die neue Entdeckung, gegenwärtig auch bereits ein Vitaminpräparat hergestellt, auf dessen Wirkung man wohl mit Recht gespannt sein darf.

Noch viel wichtiger ist aber eine andere durch die Windaus'schen Untersuchungen erfolgte Entdeckung. Durch sie konnte nämlich der heilbringende Stoff der Margarine, einem Nahrungsmittel also, das sich auch der Rinderbekämpfung leisten kann, beigemischt werden. Im Verlauf der notwendigen Reinigungsprozesse der Fette und Öle, aus denen die Margarine hergestellt wird, kommt es zu einer völligen Zerstörung des in ihnen enthaltenen Ergosterins, weshalb sich in der Margarine, wie sie heute im Handel ist, kein antirachitisches Vitamin findet. Nun ist es indes nach dem von Windaus entdeckten Verfahren möglich, das Ergosterin, das aus der Hefe in jeder

beliebigen Menge hergestellt werden kann, nach erfolgter Bestrahlung einfach der Margarine — ohne sie dadurch zu verteuern — zuzufügen, so daß solche Margarine den gleichen Heilwert besitzt, wie der bisher seiner antirachitischen Wirkung so sehr geachtete, gleichzeitig aber auch viel köstlichere Weibertran. Wenn man bedenkt, daß nicht weniger als 80 Proz. aller Kinder — namentlich in den Großstädten — an der Rachitis und ihren schlimmen Folgeerscheinungen zu leiden haben, kann man erst den Wert der Entdeckung des bestrahlten Ergosterins in ihrem vollen Umfang schätzen. Die Darstellung des neuen Präparates dürfte also in erster Linie für die medizinische Wissenschaft von größter Bedeutung sein, und es kann nicht bezweifelt werden, daß der weitere Ausbau der bisher angestellten Untersuchungen noch manchen Erfolg haben wird, immer vorausgesetzt, daß sich die neue Entdeckung auch dauernd bewährt.

Wenn nun auch die Natur der anderen Vitamine bisher nicht in gleicher Weise wie die des antirachitischen Vitamins ergründet werden konnte, so hat sich die Wissenschaft gleichwohl in den letzten Jahren sehr eingehend mit der Heilwirkung und dem Vitamingehalt von Nahrungsmitteln aus dem Tier- und Pflanzenreich beschäftigt. So zeigte sich z. B., daß das Vitamin B mit der Funktion des Zentralnervensystems zusammenhängt, da sein Fehlen in der Nahrung schwere Kereozirungen im Körper hervorruft, während durch das Vitamin C — die verschiedenen Vitamine werden nur durch Buchstaben benannt — Skorbuterkrankungen verhütet und geheilt werden können. Enthalten sind diese beiden Vitamine hauptsächlich in frischen grünen Gemüsen und Früchten, das Vitamin C noch besonders reichlich in Apfelsinen und Zitronen, weshalb man gegenwärtig der Säuglingsnahrung vielfach Apfelsinensaft zusetzt. Auch das Vitamin A, ein sogenanntes fettlösliches Vitamin, auf dessen Fehlen in der Nahrung des Menschen man in neuester Zeit Augenkrankungen, wie auch die besagte „Nachtblindheit“ zurückführt, ist in den frischen grünen Gemüsen, in Butter und Milch und fettem Fleisch enthalten. Sehr reichlich findet es sich ferner in der frischen Tomate.

Mit der Aufzählung dieser Vitamine dürfte aber, worauf ja auch die jüngsten Entdeckungen Windaus' schließen lassen, ihr Vorkommen in der Natur keineswegs erschöpft sein. Man kann mit Sicherheit annehmen, daß mit der Zeit noch verschiedene andere Vitamine entdeckt werden. Schon jetzt vermutet man die Existenz eines fastförmigen Vitamins sowie eines Vitamins, das, wenn es der menschlichen Nahrung fehlt, Starerkrankungen hervorruft. Zu sehr bedeutsamen Ergebnissen dürfte man ferner durch Versuche mit einem Vitamin gelangen, das in Getreidefarnen und in grünem Pflanzen enthalten ist und für die Entwicklung und Funktion der Keimungsorgane unentbehrlich zu sein scheint. Versuche an Tieren haben bis jetzt ergeben, daß die Wirkung dieses Vitamins auf männliche und weibliche Tiere verschieden ist; beim trächtigen Weibchen kommt es, sobald das Vitamin E — wie man dieses Vitamin nennt — der Nahrung fehlt, zu mehr oder weniger schweren Störungen der normalen Vorgänge, während mit Hilfe von Rahmstoff, die Vitamine E enthalten, ausnahmslos ein normaler Verlauf der Geburt gesunder Jungen erzielt wurde. Wenn in der Nahrung der Weibchen das Vitamin E fehlt, wurde stets Untergang der Keimdrüsen beobachtet.

Ein halbes Jahrtausend Hochdeutsch.

Die neuhochdeutsche Sprache, die wir heute sprechen, ist jetzt etwa 500 Jahre alt; sie reicht in den ersten Anfängen ihrer Bildung bis ins Ende des 14. Jahrhunderts zurück, und die klareren Grundlinien der Schriftsprache in den heute üblichen Formen begannen sich zu Anfang des 15. Jahrhunderts, also vor einem halben Jahrtausend, abzuzeichnen. Die Entstehung dieser neuhochdeutschen Sprache ist schwerer zu erkennen als die Bildung des frühgermanischen und des Althochdeutschen, obwohl sie uns doch zeitlich näher liegt; sie erscheint deshalb so verworren, weil sie nicht in erster Linie ein sprachlicher, sondern ein kultur- und bildungsgeichtlicher Vorgang war. Diesen Umstand betont Prof. Hans Raumann in seinem Werk der „Geschichte der deutschen Literatursprachen“, die er soeben in der bei Quelle u. Meyer in Leipzig erscheinenden „Deutschlandischen Bücherei“ veröffentlicht. Die neue Kulturprosa, die sich zu Anfang des 15. Jahrhunderts entwickelte, hatte zunächst einen amtlichen und praktischen Charakter; sie entsprang aus dem Gebrauch der Kanzler und Kanzleien, die sich im Verlauf des 13. und 14. Jahrhunderts allmählich von dem bis dahin allein üblichen Latein abwandten und ihre landschaftliche Mundart unter einheitlicheren Gesichtspunkten behandelten. Die Geburt der neuhochdeutschen Gemeinsprache erfolgte in der Kanzlei der luxemburgischen Kaiser in Böhmen und steht in engem Zusammenhang mit den humanistischen Bestrebungen, die der Sprache nach dem antiken Beispiel: Schönheit und Fülle in Stil und Satzbau verleihen sollten. Durch die neuesten Forschungen ist dieser Einfluß der beginnenden Renaissancebewegung auf die Entstehung der hochdeutschen Sprache nachgewiesen worden. Die Petrarca in Italien die Volkssprache zu einem kunstvollen Werkzeug des Ausdrucks umwandelte, so pflegte man auch in den Kanzleien nunmehr die deutsche Sprache und verwendete auf sie die Mühe, die man vorher dem Latein geschenkt hatte. So entsteht allmählich das sogenannte „Gemeine Deutsch“. Von der böhmischen Kanzlei aus tritt dieses Deutsch einen langsamen Siegeszug durch die Kanzleien Mittel- und Süddeutschlands an.

Besonders war es die türmainische Kanzlei, in der die gebräuchliche Mundart zu einer festen Schriftsprache ausgeprägt wurde. Die Verwendung dieser Sprache wurde immer allgemeiner, so daß man zu Anfang des 16. Jahrhunderts bereits die Anschauung verlor, es existiere eine einheitliche hochdeutsche Sprache. Luther verließ diesem Bewußtsein in einer berühmten Stelle seiner „Tischreden“ Ausdruck, wenn er jagte, er bedürfe keiner eigenen Sprache im Deutschen, sondern er bediene sich der gemeinen Deutschen Sprache: „Ich rede nach der sächsischen Kanzlei, welcher nachfolgen alle Fürsten und Könige in Deutschland.“ Ein solches förmliches Uebereinkommen der Fürsten, sich der gleichen Schriftsprache zu bedienen, ist aber durchaus logisch. Handelt es sich doch bei der Gemeinsprache zunächst um eine bloße Geschäftsprache, die erst langsam das allgemeine Gut der Deutschen werden konnte. Die Umwandlung dieser „Geschäfts-Einheitsprache“ in eine Literatursprache ist hauptsächlich den Druckern zu verdanken, die ihre Bücher möglichst für alle Teile Deutschlands lesbar machen wollten. Die Verleger der Handbroschüren, die mit dem eigentlichen Vertrieb nicht rechneten, kannten diesen Gesichtspunkt nicht. Die Buchdrucker aber bemühten sich um die eigentliche Regelung der Grammatik und Rechtschreibung, und um 1530 war man so weit, daß man in den gedruckten Büchern den Anschluß an die Amtssprache durchgeführt hatte. Daß diese Druckersprache aber nun zur Sprache des Volkes wurde, das ist zu einem nicht geringen Teil Luther zu verdanken. Gegenüber der künstlichen humanistischen Sprachbehandlung verschaffte er dem Volkstümlichen Geltung und verhalf so der humanistischen Gemeinsprache zu einem körperlichen und geistigen Dasein. Nunmehr erst begann das Neuhochdeutsch im Volke Wurzeln zu fassen, aber in der Literatur waren doch noch viele Hemmnisse zu überwinden, bevor im 18. Jahrhundert eine wirkliche neuhochdeutsche Literatursprache geschaffen wurde.

200 Kilometer Windgeschwindigkeit. Die größte bisher beobachtete Windgeschwindigkeit wurde während des Wirbelsturms am 18. September 1926 von einem Registrierinstrument zu Miami in den Vereinigten Staaten gemessen. Nach einem Bericht der „Amshou“ blies der Wind mit einer Geschwindigkeit von über 200 Kilometer in der Stunde. Diese Geschwindigkeit entspricht einem Druck von 57 Pfund auf den Quadratfuß, während der normale Luftdruck 15 Pfund beträgt.

SUNLICHT SEIFE



Der Würfel für die
grosse Wäsche 35 Pfg.
Das Doppelstück 40 "

Der ermäßigte Preis ermöglicht jeder Hausfrau am Großwaschtag für wenig Geld die beste Seife der Welt zu gebrauchen. Schon unsere Mütter gebrauchten Sunlicht Seife, und sie wußten warum. — Machen auch Sie sich die einzigartigen Vorzüge und den neuen billigen Preis zunutze.

SUNLICHT SEIFE
schont die Wäsche.



Volksbühne

Theater am Bülowplatz Th. in Schiffbauertenn
8 Uhr: Täglich 8 Uhr:
Traumspiel Das Grabmal
Morgen 8 Uhr: des unbekanntem
Traumspiel Soldaten.

Komische Oper

Allabendlich 8 1/2 Uhr:
Sünden der Welt
Die weltstädtische
James-Klein-Revue
250 Mitwirkende. Theaterk.
ab 10 Uhr ununterbr. eröffnet

AUENTZIENPALAS
Schwester Veronika
NACH HANS MÜLLER
REGIE GERHARD LAMPRECHT
TITELROLLE
AUD EGEDE NISSEN
GERHARD LAMPRECHT FILM
IM VERLEIH DER NATIONAL
WOCHENTAGS
6.8.10 UHR

CASINO-THEATER 8 Uhr:
Nur noch wenige Aufg. ungen!
Ein Tag im Paradies!
Ausscheiden Gutschein 1-4 Pers
Fauteuil nur 1 Mk., Sessel 1,50 Mk.

Das dressierte Nilpferd
u. vieles vieles mehr
im **CIRCUS CARL HAGENBECK**
6 Uhr CIRCUS BUSCH Nordstr. 7



**Sehen Sie,
so wie ich hier**

zerbröckeln Sie den Würfel Webers Carlsbader und mischen ihn mit dem frisch gemahlten Kaffee. Dann bereiten Sie das Getränk, wie Sie es gewöhnt sind. —

So, nun kosten Sie mal! —

Sie sehen, der harte Geschmack unseres Haushalbkaffees ist verschwunden, und statt der dürftigen, graubraunen Farbe hat das Getränk nun ein vollkräftiges Aussehen und einen warmen, goldbraunen Ton.



Vergessen Sie mir das Carlsbader nie, es kostet 35 Pfg. und ist überall zu haben.

Theater, Lichtspiele usw.

Staats-Theater
Opernhaus
a. Platz d. Republ.
8: Ritter Blaubart
Schauspielhaus
8 1/2: Charleys Tante
Schiller-Theater
8 Uhr: Razzia

Städtische Oper
Charlottenburg
7 1/2 Uhr

Turandot
Abonn.-Turnus II

Deutsches Theater
Norden 10334-37
8 Uhr:
Zum 100. Mal:
Heidhard v. Gneisenau
von Wolfgang Goetz
Regie: Heinz Hilpert
Freitag: Gneisenau
Sonst täglich
Bonaparte

Kammerspiele
Norden 10334-37
8 1/2 Uhr:
Letzte Woche:
Germaine
(Amoureuse)
von Porto-Riche
Regie: Fritz Langsta.

Theat. a. Holleendorpl.
Kurfürst 2091
8 Uhr:

Max Adalbert
in "Müllers"
von Fritz Friedmann Friedrich

Die Komödie
Bismarck 2414, 7314
8 1/2 Uhr:

Die Perle
von Tristan Bernard
Nachtvorstellung
11 Uhr:
Bischof ein Hind
Preise 5 und 5 Mark

treue Nympe
Elisabeth Herzner
Komödienhaus
Norden 6304
8 Uhr:

Dover - Calais
Latern, v. Dullman,
Friedrich

SCALA
Nollendorf 7301
8 Uhr:

**Powers Tanz-
Elefanten**
und andere
**Variete-
Neuheiten!**

Residenztheater
8 1/2 Uhr:
Absteigequartier
Südt. Jugendliches verboten

Metropol-Theat.
Täglich 8 Uhr:
Zirkusprinzessin

Thalia-Theater
8 Uhr:
Lotichons Geburtstag
Erster Klasse.

Gr. Schauspielhaus
Nur noch 7 Tage
Tägl. 8 1/2 Uhr:

Von Mund zu Mund

**CHARELL-
REVUE**
Sonnt. nachm. 3 Uhr
ungekürzte Vorstlg.
zu ermäß. Preisen!

Infanterie-Haus
Ota, Künstler-Th.
8 Uhr:
Der Zarowitsch
Sig. 3 1/2: Der frühe
Weinberg

Lessing-Theater
Heute 7 Uhr:
Premiere
Der Patriot

Th. a. Karlsruhendam
Käthe Dorsch
8 Uhr HINI

Lustspielhaus 8 1/2
Guido Thielscher
Hurra - ein Junge

Trianon - Th.
Täglich 8 1/2 Uhr:
Der gr. Lachertitz
Dr. Stieglitz

Waiwaha - Theat.
Waldstr. 101, 8 1/2
Es war einmal
in Heidelberg

**Zentral-
Theater**
Nur noch wenige
Vorstellungen
Täglich 8 Uhr:
**Der Trompeter
vom Rhein**
Vorverk. ununterbr.
Preise von 1-2 M.

Rose-Theater
8 1/2 U.: **Das Ein-
familienhaus**

Galler-Revue
Theater im
Admiralspalast
Täglich 8 1/2 Uhr
An u. aus

Philharmonie
8 Uhr:
Haydn-Mozart-
Beethoven - Abend
des Philharmon. Orch.
Dirigiert: Otto Klemperer
4. Sinf.-Beeth.; Sere-
nade No. 7. Mozart
Wahl 4. Sinf.-Haydn

**KLEINE
ANZEIGEN**
In der Gesamtauflage
des "Vorwärts" sind
besonders wirksam
und trotzdem

sehr billig!
la. Eiderfettkäse
9 Pfd. M. 6,30 (inkl.
Dampfseifabrik
Rendsburg.

Wallner - Theater
8 1/2, Der Schlager 8 1/2,
Das blonde Wunder

**Winter-
Variete**
8 Uhr
Garten
Räucher gestaffelt

Reichshallen-Theater
Abends 8 Uhr u. Sonntag nachm. 3 Uhr
Stettiner Sänger
Des wundervolle Februar-Programm!
Nachmittags: halbe Preise,
volles Programm!
Dönhoff-Brett!
Variete, Konzert, Tanz.

1 Zimmer und Küche
gegen Kochstube tauscht sofort.
Offert unt. M 32 an Hauptexpedition des
"Vorwärts", Berlin SW 68, Lindenstr. 3

Ausstellung
"Deutscher Rhein - Deutscher Wein"
Funkhaus Kaiserdamm
Geöffnet ab 7 Uhr abends

Dienstag, 22. Februar, 7 Uhr:
Rheinischer Karneval
Leitung: Paul Jöllich
Rheinische Stimmung + Tanz + Kabarett
1 Pokal Rheinwein Mk. 0,50
Eintrittspreis Mk. 1,50

Mittwoch, 23. Februar, 8 Uhr:
Rheinlandball
Zugunsten des Kölner Domes
Eintrittspreis Mk. 2,75 (inklusive Steuer)

Freitag, 25. Februar: Geschlossen

Sonnabend, 26. Februar, 8 Uhr:
Alaaf - Maskenball
Eintrittspreis Mk. 6,- (inkl. Steuer)
Vorverkauf täglich
an der Kasse des Funkhauses

Neue Welt
A. Scholz Hasenheide 105-114

Bockbierfest
In den bayerischen Alpen - 8 Kapellen
Neue Dekorationen - 30 bayerische Madi
u. Prämierung der schönsten Damen-Fantasia-Frisur
3 bare Geldpreise 50,-, 30,-, 20,- Mark
Anmeldungen von 5-10 abends an der Kasse
außerdem: Braten von 6 ganzen Schweinen
auf dem Riesen-Lucullus-Gratapparat
Einlaß 6 Uhr Anfang 7 Uhr

Vorverkauf: Mittwoch, d. 23. Februar 1927
Gr. Alpenball in Berchtesgaden



Das Tagesgespräch!

Der stärkste Film der Welt!

DIE MUTTER

Regie: **W. Poudowkin**

Musikalische Bearbeitung:

Schmidt-Gentner

In seiner packenden Lebensecht-

heit dem gleichnamigen Roman von

Maxim Gorki

entnommen, erscheint noch in dieser Woche in

URAUFFÜHRUNG

im

PHOEBUS-PALAST

am Anhalter Bahnhof

Meschrabpom-Rus-Film im Sofar Verleih